

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 930

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.60, monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 94

Freitag, den 22. April 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 20. April 1904.

Der Reichstag widmete den größten Teil seiner Mittwochsitzung zwei Fragen, über die unter allen Parteien ziemliche Einmütigkeit herrscht, dem Militärpensionsgesetz und dem Veteranenbeihilfen. Die Erklärung des Kriegsministers, daß das in der Thronrede mit solchem Aplomb angekündigte Pensionsgesetz für Heer und Marine seit fünf Monaten im Bundesrat ablagert, wurde von fast allen Rednern des Hauses als Enttäuschung bezeichnet. Nur Herr Gröber vom Zentrum und Herr Dr. Paschke von der Freisinnigen Vereinigung erinnerten an die großen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen der Bundesrat zunächst sich abzufinden hat. Herr Gröber regte, wenn das Gesetz doch noch jetzt an den Reichstag kommen sollte, eine Vertagung der Session bis zum Herbst an, da zu monatelangen Kommissionsberatungen, wie sie erforderlich sein würden, augenblicklich keine Zeit mehr übrig bleiben würde. Genosse Singer wünschte die Vorlegung des Entwurfs so bald wie möglich und erklärte nicht nur eine Erhöhung der Offizierspensionen, sondern besonders auch eine Erhöhung der Pensionen für die Mannschaften für erforderlich. Unsere prinzipielle Stellung gegen den Militarismus schließt selbstverständlich nicht aus, daß wir die Verpflichtung des Staates, für die Opfer des Militarismus zu sorgen, durchaus anerkennen. Nach Erledigung dieser Debatte wurde der Etat des allgemeinen Pensionsfonds debattelos angenommen. — Beim Etat des Reichsinvalidenfonds lag eine Resolution Oriola vor, die die bekannten Forderungen der Veteranen zusammenfaßt. In ihrer Unterstützung war das ganze Haus einig. Der Staatssekretär äußerte sich entgegenkommender als sein Vorgänger. So war er ganz damit einverstanden, daß die Invalidenbeihilfen auf den Etat genommen werden, da die Entlastung des Invalidenfonds, der vor seiner völligen Erschöpfung steht, unvermeidlich geworden ist. Nur zu dem Wunsch der Resolution, daß den Veteranen nicht nur bei dauernder Nothlage die Beihilfe gewährt und daß den Witwen die Beihilfe ein Vierteljahr weitergezahlt werden soll, zog er ein schiefes Gesicht. Die Resolution Oriola wurde schließlich einstimmig angenommen.

Die Kosten des zweiten Teils der Beratung bestritt das sehr kostspielige Erschießen der Perle von Hohenlocke: der Etat des ostasiatischen Expeditionskorps. Mit staatsmännisch geheimnisvoller Miene verweigert die Regierung die Zurückziehung jener Brigade, welche unter fleißigem Besuch des Lawatennisplatzes das deutsche Prestige in China aufrechterhalten und noch der erleuchteten Auffassung konservativer Weltpolitiker China von der Teilnahme am russisch-japanischen Konflikt zurückhalten soll. Mit einem heiteren und einem nassen Auge bezieht der Abg. Paschke im Namen der beiden Schattierungen der Volkspartei darauf, in diesem Jahre die Rückberufung dringlich zu machen. Mit schwachen Gründen verteidigten beide Richtshofen, der Staatssekretär und der Abgeordnete, und Dr. Paschke die vorläufige Belassung der Brigade in China. Eingig und allein unsere Fraktion, für die die beiden Genossen Dr. Südekum und Ledebour das Wort ergriffen, verlangte unbekümmert um die fadenscheinigen Einwände, die schleunige Abberufung jener Truppe, die für den Erschall lächerlich winzig, für das dekorative Prestige viel zu kostspielig ist. Alle anderen Parteien votierten in der Abstimmung für die Belassung. — Dann wurde die weitere Beratung auf den folgenden Tag vertagt, an dem auch unsere Interpellation betr. die Stilllegung der Kohlenzechen im Ruhrbezirk zur Verhandlung gelangen soll.

71. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Ciemer. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beipredung der Interpellation Oriola (Nr.) betr. Vorlegung der Militärpensions-Gesetzesentwürfe.

Wandler (N.): Die bekannte dilatorische Manier des Bundesrats trägt die Schuld daran, daß die Novelle dem Reichstag noch nicht vorliegt. Dem Kriegsminister ist keine Schuld hieran beizumessen, im Gegenteil verdient er Dank für die schnelle Ausarbeitung des Entwurfs. Der Reichstag hat jedenfalls alles getan, um das Gesetz noch in dieser Session zustande zu bringen. (Bravo! rechts.)

Dr. Paschke (Fg.): Auch wir haben den Wunsch, die bestehenden Mängel zu beseitigen, es ist aber immer möglich, ein Gesetz für mich zu verlangen, dessen Inhalt man gar nicht kennt. Es ist auch gleichgültig, ob das Gesetz ein paar Wochen früher oder später an uns kommt, zumal man ernsthaft davon spricht, den Reichstag zu Pfingsten zu vertagen und erst im Herbst die Session fortzusetzen. (Lebhaftes Hört! hört!)

Singer (SD.): Wir nehmen zu dieser Interpellation dieselbe Stellung wie früher ein. Auch wir sind der Meinung, daß eine Novelle zum Pensionsgesetz durchaus notwendig ist und wünschen dringend, daß die Regierung

diese Novelle sobald wie möglich dem Reichstag vorlegt. Unbeschadet unserer Stellung zum Militarismus wollen wir doch für seine Opfer eintreten und eine Erleichterung ihres Schicksals herbeiführen. Wir wünschen aber nicht nur eine Erhöhung der Pensionen für Offiziere, sondern auch der Mannschaften vom Feldwebel abwärts in mindestens demselben Maßstabe. Auch die Pensionen der Mannschaften bedürfen dringend der Verbesserung. Wir wünschen, daß die Wünsche der Laufende, die dem Vaterland treu gedient haben, recht bald erfüllt werden. (Bravo! b. S.)

Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Paschke. Gegenüber dem Verhalten des Bundesrats in bezug auf das Militärpensionsgesetz wäre wirklich der württembergische Komparativ am Plage. (Geisterzeit.) Wenn der Bundesrat sich seiner Pflicht nicht bewußt werden sollte, so müßte ihm der Reichstag unaufhörlich zurufen: Mehr Dampf! (Bravo! rechts.)

Dr. Paschke (N.): Die Erklärung des Kriegsministers hat uns vollständig enttäuscht. Wenn der Bundesrat nach fünf langen Monaten sich noch nicht einmal über die finanzielle Basis des Gesetzes klar geworden ist trotz seiner Dringlichkeit, dann muß wirklich die Reichsfreudigkeit schwinden. (Bravo! b. d. N.)

Kriegsminister von Ciemer: Ich habe gestern betont, daß die Teile des Gesetzes über die Marine und die Schutztruppe dem Bundesrat erst am 21. März d. J. zugegangen sind, und da das Landheer doch nicht die ganze Armee ist, konnte die Beratung nicht vorher begonnen werden. Uebrigens gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß das Gesetz noch in dieser Session dem Reichstage zugehen wird.

Gröber (Z.): Das verlangte Gesetz würde vielleicht 100 Millionen Mehrausgaben verursachen. Da ist es natürlich für die Sozialdemokraten sehr leicht, das Gesetz zu bewilligen und nachher zu sagen, für die Mittel können Sie sorgen! (Zustimmung rechts und im Zentr.) Singer ruft: Einkommensteuer! Wenn das Gesetz durchaus noch in dieser Session erledigt werden soll, so bleibt angeht die der dazu erforderlichen monatelangen Kommissionsberatungen nur übrig, die Session zu vertagen.

v. Derksen (Np.) schließt sich den Wünschen des Abg. Paschke an.

Werner (Antif.) polemisiert gegen den Abg. Gröber. Man könnte auf so vielen Gebieten Geld sparen. (Abg. Gröber ruft: Wo denn?) Wenn man z. B. in Südwestafrika rechtzeitig die Augen aufgemacht hätte. (Geisterzeit.) Gröber: Das ist ja vorbei! Die Mittel zur Ausführung des Gesetzes solle man nur von den reichen Leuten nehmen. Den Mittelstand dürfe man unter keinen Umständen höher belasten.

Graf Oriola erklärt sich mit der Vertagung des Reichstages, wenn diese den Zweck verfolge, das Gesetz möglichst frühzeitig fertig zu stellen, gern einverstanden.

Bayerischer Generalleutnant v. Endres hebt hervor, daß der Kriegsminister hier nicht in dieser Eigenschaft, sondern in der eines Mitgliedes des Bundesrats gesprochen habe. (Geisterzeit.)

Damit schließt die Debatte.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird erledigt.

Zum Etat des Reichsinvalidenfonds liegt eine Resolution der Abg. Graf Oriola und Dr. Paschke vor, die eine Revision des Gesetzes über die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds und die baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs verlangt, wonach die für die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer erforderlichen Beträge aus allgemeinen Reichsmitteln entnommen werden und die Bestimmung, wonach nur solche Kriegsteilnehmer, die wegen dauernder gänzlicher Erwerbsunfähigkeit unterstützungsbedürftig sind, Beihilfen erlangen können, durch eine Bestimmung ersetzt wird, durch welche allen denjenigen der Unterstützung dringend bedürftigen Personen des Unteroffizier- und Mannschaftenstandes des Heeres und der Marine eine Beihilfe zu Teil werde, die an dem Feldzuge von 1870/71 oder in den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben. Ferner soll bestimmt werden, daß die Beihilfe den Berechtigten sofort nach ihrer Anerkennung und vom Tage derselben an ausgezahlt wird und daß ihre Witwen für drei Monate nach dem Tode des Mannes die Beihilfe fortbezogen.

Graf Oriola (N.) begründet die Resolution. Wenn das Reich die Invalidenbeihilfen vollständig auf den Etat übernehme, würde auch im Bedarfsfalle eine Ueber-schreitung möglich sein. Es sei eine Forderung der Billigkeit, daß die Beihilfe nicht nur bei völliger, dauernder Arbeitsunfähigkeit, sondern auch sonst bei jeder wirklichen Noth gewährt werde. Es gehe wohl nicht zu weit, wenn man verlange, daß den Männern, die das Reich mit-erstreiten halfen, in bescheidenen Weise der Lebensabend verschönt werde. (Bravo! b. d. National.)

Staatssekretär Frh. v. Stengel: Bei der Etats-aufstellung ist bisher so verfahren worden, daß im Entwurf die Ausgaben für Veteranen, die in dem betreffenden Etatsjahre voraussichtlich notwendig werden, vorgegeben sind. Es bleibt vorbehalten, erforderlichenfalls im Wege der Nachtragsforderung noch weitere Beträge für die Veteranen in den Etat aufzunehmen. Auch bei der Aufstellung des Etats von 1904 ist so verfahren worden. Nach unseren Feststellungen war bei Beginn des Etatsjahres 1904 für etwa 95 800 Beihilfen Vorsorge zu treffen. Es hat sich aber jetzt herausgestellt, daß nicht 95 800, sondern nur 86 12 Beihilfen erforderlich sind, die 10 636 90 Mk. ausmachen. In den Etat sind 11 1/2 Millionen für Beihilfen eingestellt, so daß noch Geld zur Gewährung von

7192 Beihilfen vorhanden ist. Wir werden also 1904 mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Wenn nicht heute, so werden sich doch innerhalb der nächsten 8 Tage sämtliche unterstützungsberechtigten Veteranen im Genuße der Beihilfen befinden. (Bravo!) Es sind 600 000 Kriegsteilnehmer vorhanden, die keine Invalidenpension oder Unterstützung aus dem kaiserlichen Dispositionsfond genießen. Nach dem Etatsentwurf für 1904 ist also für 1/3 der Gesamtheit aller in Betracht kommenden Kriegsteilnehmer gesorgt. Es ist anzunehmen, daß für die nächsten Jahre, auch ohne daß die Resolution Gesetz wird, für die unterstützungsbedürftigen Kriegsteilnehmer ausreichend gesorgt werden wird. Im Jahre 1909 wird die Jahresrente 18 Millionen Mark betragen. Bei einer Erweiterung der Unterstützung wurden natürlich weit größere Summen in Aussicht genommen. Was jetzt aufgewendet wird, geht weit hinaus über die früheren Berechnungen der Abg. Graf Oriola und Müller-Sulba. Die Ursache dazu liegt vor allem in dem zunehmenden Alter und dem damit verbundenen Rückgang der Erwerbsfähigkeit. Die Auslegung und Anwendung des Gesetzes sind sehr milde; in einer Reihe von Fällen ist nach meiner Auffassung hierbei schon über die Forderungen des Grafen Oriola hinausgegangen worden. Auch der Mangel jeder wirksamen Kontrolle seitens des Reiches macht sich unangenehm fühlbar. Der Anregung, die Beihilfen aus allgemeinen Reichsmitteln zu entnehmen, ist im allgemeinen schon entsprochen. Bei der Vorbereitung des Etats für dieses Jahr lagen die neuesten Bilanzen noch nicht vor. Da sich jetzt eine Unterbilanz von 115 Millionen ergeben hat, so wird die Anregung auf Uebernahme des Reichsinvalidenfonds durch den gesamten Staatsfonds selbstverständlich erfüllt werden müssen. Insofern ist also die Resolution hinfällig. Ueber die Ausdehnung der Unterstützung auf diejenigen Veteranen, die mehr als 50 Proz. ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, sind Erhebungen angestellt worden, die eine Steigerung der gesamten Ausgaben von 20 bis 100 Proz. voraussetzen lassen. Ich weiß nicht, ob es angeht die Finanzlage möglich ist, daß wir uns darauf festlegen, jedenfalls werden wir die Frage wohlwollend prüfen. (Bravo!)

Grünberg (SD.): Ich bin mit den Ausführungen des Grafen Oriola im Ganzen einverstanden. Aus den Angaben des Staatssekretärs geht hervor, daß z. B. 60 000 unterstützungsberechtigte Veteranen vorhanden sind, die erst im Jahre 1909 befriedigt werden sollen. Für welt- und kolonialpolitische Zwecke haben wir unbegrenzte Summen zur Verfügung, aber zur Unterstützung der Veteranen reichen sie nicht aus. Die Schuld an diesen Zuständen liegt am Bundesrat. Das Volk wundert sich nur, daß der Reichstag so unendlich geduldig ist. Am Bundesrats-tische ist neulich gesagt worden, wenn die alten Kriegskameraden Offiziere ihre Erinnerungen austauschten, behie ihnen das Herz vor Freude. Wenn wir die Kameraden treffen, denen die Not auf dem Gesicht geschrieben steht, hebt auch uns das Herz, aber nicht vor Freude. Ich habe selbst den Krieg mitgemacht und entsinne mich noch der unerhörten Anstrengungen in den ersten September-tagen des Jahres 1870. Wir feiern den Sieg von Sedan als Geburtstag des deutschen Vaterlandes, wenn wir alle fünf Jahre zur Wahlurne schreiten. Darum sollen die Schatzmacher uns auch das allgemeine Wahlrecht, das wir bei Sedan erkämpft haben, nicht nehmen, denn dann würde uns Deutschland so gleichgültig sein, wie es uns jetzt die Existenz des Staates Sachsen mit seinem jetzigen Senatswahlrecht ist. Ein Veteran, der 3 Mark pro Monat als Nachwächter verdient, ist als nicht gänzlich erwerbsunfähig mit seinem Unterstützungs-gesuch abgewiesen worden. Wenn der Reichstag nur drohte, der Regierung jeden Pfennig zu verweigern, könnte er solchen Zuständen rasch ein Ende machen. Im Interesse der nationalen Ehre gegenüber dem Ausland, im Interesse der siegreichen Vergangenheit des deutschen Volkes erlaube ich Sie, meinen Anregungen Folge zu leisten.

Staatssekretär Frh. v. Stengel: Die 60 000 Veteranen, von denen der Herr Redner sprach, sind heute noch nicht unterstützungsberechtigt, sondern werden es erst in den nächsten Jahren werden.

Kulerski (Pole): Die Unterstützungen müssen erhöht und der Begriff „Hilfsbedürftiger“ erweitert werden. Eine radikale Neuordnung der ganzen Frage ist nötig. Wenigstens die polnischen Veteranen sollten nicht schikaniert werden. (Bravo! bei den Polen.)

Dr. Urendt (Np.): Es ist bezeichnend, daß Polen und Sozialdemokraten für unsere Veteranen eintreten. Herr Grünberg hat nicht nur als Sozialdemokrat, sondern auch als Veteran gesprochen. Er hat patriotische Töne gefunden und das Sedan fast als Geburtstag des deutschen Reiches gefeiert! Aber sein Fraktionskollege Diez hat einmal erklärt, daß Frankreich 1870 besser gefahren sei als Deutschland, denn die Franzosen seien einen Kaiser los geworden und die Deutschen hätten einen erhalten. Und der sozialdemokratische „Volksstaat“ schrieb damals in Deutschland sei 1870/71 so wenig gestohlen worden, weil die Diebe alle in Frankreich seien; die Kriegsveteranen sollten ihr eisernes Kreuz nur in der Polenfrage tragen. Und so antinational ist die Sozialdemokratie noch heute. Aber die Kriegsveteranen müßten ohne jede Rücksicht auf finanzielle Bedenken voll auf befriedigt werden.

v. Oldenburg (N.): Statt der unbefristeten Grenze der Bedürftigkeit sollte man am besten sagen: Jeder bekommt den Sold, der nicht 600 Mark hat. Für die Welt-ausstellung in St. Louis hatten wir ja vier Millionen übrig.

Bott hoff (Sp.) und Prinz Schönaich-Carolath (midlib.) treten gleichfalls für die Resolution ein. Die Abgg. Werner (L.) und Fischer (B.) erklären ihr Einverständnis mit der Resolution Oriola, die unter Streichung des Wortes „dringend“ einstimmig angenommen wird. (Bravo!) Der Rest des Etats wird debattelos erledigt. Es folgt der Etat für die Expedition nach Ostasien.

Bayer (Dsp.): Die Regierungen haben in der Kommission nicht genügend begründet, warum die Truppen der ostasiatischen Brigade nicht entweder ganz zurückgezogen oder doch ganz erheblich gemindert sind. Wir haben jedoch angesichts der augenblicklichen kriegerischen Verwicklungen in Ostasien von einem energischen Vorgehen abgesehen. Wir wollen damit aber keineswegs dokumentieren, daß wir dem bisher provisorischen Expeditionskorps den Stempel eines ständigen ausdrücken wollen. Wir betonen im Gegenteil unsere ausdrückliche Abneigung gegen die Errichtung einer kolonialen Schutztruppe.

Staatssekretär Frhr. v. Nischhofen betont die bereits vorgenommenen starken Reduktionen. Der Vordröner selbst habe doch zugestanden, daß es in diesem Jahre noch nicht angängig sei, die Truppen ganz zurückzuführen.

Präsident Graf Ballestrem: Das Wort hat der Abgeordnete Frhr. v. Nischhofen. (Heiterkeit.)

Frhr. v. Nischhofen (K.) verbreitet sich über die Verdienste der ostasiatischen Truppen und widmet Waldsee einen Nachruf, dessen Laten Kilo mit flammenden Zügen in die Annalen der Geschichte eingetragen hat. Die Brigade hat in China wichtige Aufgaben zu erfüllen. Sie soll das Rückgrat der chinesischen Verwaltung bilden und dafür sorgen, daß der Krieg zwischen Rußland und Japan lokalisiert wird. (Beifall rechts.)

Dr. Sudekum (SD): Wenn man diesen Etat sieht, sollte man nicht glauben, sich in der Zeit einer finanziellen Klemme zu befinden. Vielmehr scheint es, als ob die Regierung nicht wüßte, wohin mit dem überflüssigen Gelde. Das Problem im fernem Osten hat der Vordröner sehr richtig dargestellt: es ist die Aufrechterhaltung der Neutralität Chinas. Nur glauben wir im Gegensatz zu ihm, daß die Unwesenheit fremder Truppen in China diese Aufgabe nicht fördert, sondern erschwert, daß sie ein Moment der Beunruhigung und nicht der Ruhe ist. — Vorgehen hat sich in der Kommission mein Freund Ledebour bemüht, Aufschlüsse über die internationalen Verträge zu erhalten, die Deutschland angeblich verpflichtet, seine Truppen in Ostasien ziehen zu lassen. Eine Brigade reicht nicht zu ernstlichen Zwecken; zur dekorativen Länge ist sie uns wertlos zu kostspielig. Man will den vorbereiteten Offizieren ihre Frauen nachschicken. Welche Kriegsgefahr, so ist das eine Barbarei (Sehr richtig! links), besteht aber keine, so verdient wirklich die Position geübten zu werden, welche auf Reichsständen den Offizieren weibliche Gesellschaft im Zerhaus und auf dem Lawn-Tennis-Platz verschaffen will. Werden doch sogar Sportanlagen für Ballspiele gefordert. Ich bitte um Ablehnung des gesamten Etats. (Beif. Beif. links.)

Staatssekretär Frhr. v. Nischhofen sucht die Vorwürfe des Vordröners zu entkräften. Dem Wunsch, daß die Truppen baldigst zurückgerufen werden, ist wohl das ganze Haus.

Dr. Baasche (ML): Wir haben in der Kommission etwa 1300 000 Mark, den zehnten Teil, an diesem Etat gestrichen. Für eine sofortige Zurückziehung der Truppen aus Ostasien sind wir unter den gegenwärtigen Umständen natürlich nicht zu haben.

Ledebour (SD): Der Staatssekretär hat auf die Frage nicht geantwortet, ob die Regierungen gegenseitig die Verpflichtung eingegangen sind, ihre Besatzungstruppen nicht ohne gegenseitige Zustimmung zurückzuziehen. Herr v. Stengel hat heute in der Budgetkommission gesagt, man müsse wenigstens die Brigade im Ordinarium unterbringen. (Hört, hört! bei den Sozial.) Das bedeutet demgegenüber die platonische Erklärung des Herrn v. Nischhofen, man beabsichtige keine dauernde Institution aus ihr zu machen? Welche Gefahren die Aufrechterhaltung der Besatzungsbrigade in sich schließt, bemerken die Ausführungen des Abg. v. Nischhofen. Er will mit dieser Brigade die chinesische Regierung zur Neutralität zwingen, kündigt also keinen Herzens euzen Interkontinentalkrieg zu diesem Zweck an. (Abwehrdruck rechts.) Sollte er das nicht, so waren seine Ausführungen höchst unklar. (Sehr richtig! bei den Sozial.)

Staatssekretär Frhr. v. Nischhofen: Ich kann nur nochmals erklären, daß die Besatzungsbrigade nur eine temporäre Institution ist, und daß ein konstitutiver Zwang zur Aufrechterhaltung der Brigade nicht besteht. Damit schließt die Debatte.

Die Aufrechterhaltung der ostasiatischen Besatzungsbrigade wird im Prinzip gegen die Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr (außerdem Interpellation Auer wegen Säullegung der Gruben im Ruhrgebiet).

Schluß 6¹⁵ Uhr.

Rußland und Japan.

Es scheint immer klarer zu werden, daß der russische Bericht des Admirals Togo behauptet es ist auch ganz bestimmt, daß der Unfall, der Rußland jenseits des Amurle benachteiligt, durch eine japanische Mine herbeigeführt wurde, die am Abend vor dem Unglücksfall vor dem japanischen Vorkriegsschiff lag. Die Japaner lassen sich die Idee, eine Mine zu legen, nachdem sie genau beobachtet hatten, daß die russische Schiffe, wahrscheinlich zur Besatzung eigener Wasser, immer dieselbe Fahrstraße bei der Insel von Goshima befolgten. Die Japaner wollten sich gegen die von den Russen gesetzte Straß und belagern sie mit Minen. Diese Arbeit war ein außerordentlich großes Unternehmen, denn jeder Tonnen der Seiten der Batterien des Feindes würde das Schiff zerstört haben. Die japanischen Minen lagen also bereits, als Admiral Makarow mit seinen Schiffen der Insel vorlag. Das zeigt schon bei der Lage der Insel an, daß es sich um eine sehr sorgfältig vorbereitete Operation handelte, die nicht ohne große Kosten hätte bewerkstelligt werden können. Es ist ein sehr wichtiger Punkt, daß die in der Mine verwendeten Zündstoffe nicht geschmolzen waren. Es ist ein sehr wichtiger Punkt, daß die in der Mine verwendeten Zündstoffe nicht geschmolzen waren. Es ist ein sehr wichtiger Punkt, daß die in der Mine verwendeten Zündstoffe nicht geschmolzen waren.

am Vorabende seines Todes an den Jaren telegraphierte, daß er im Begriffe stehe, mit dem Feinde eine Entscheidungsschlacht auszukämpfen. Eine Entscheidungsschlacht ist es denn auch in der Tat gewesen, denn die russische Flotte ist nach dem Verluste des „Petropawlowsk“ und nach dem Tode Makarows nicht mehr imstande, die Bewegungen japanischer Transporte in irgend welcher Weise zu behindern. Das Werk des „Petropawlowsk“ liegt nach japanischen Meldungen südöstlich vom Goldenen Berg, eine Meile außerhalb von dem Hafeneingange. Es dürfte wohl bisher unerhört sein, daß die Bevölkerung eines im Kriege stehenden Landes auch Trauergottesdienste wegen der Verluste des Feindes abhält. Dies ist aber, wie der „Daily Mail“ aus Kobe gemeldet wird, tatsächlich in Japan der Fall gewesen. In Nagoya fand am 15. April abends eine große Fackelprozession zu Ehren der gefallenen Russen statt. Die Volksmenge trug tausend weiße Laternen mit sich für die Seelen der toten Russen und vor diesen Sühnelaternen wurden Banner getragen mit der Aufschrift: „Wir trauern um den tapferen russischen Admiral Makarow.“ Offiziere und Zivilbeamte hielten Trauerreden und Musikchöre spielten Trauermärsche. Wie noch aus Petersburg gemeldet wird, erteilte der Zar dem Marineminister den Auftrag, die Ursache festzustellen, die die Katastrophe des „Petropawlowsk“ verschuldete. Auch an den Admiral Aljexew und den Hafenkommandanten von Port Arthur erging ein Ukas, die strengste Untersuchung einzuleiten. In den Depeschen betont der Zar, daß es bei entsprechender Wachsamkeit den Japanern unmöglich geworden wäre, in der kritischen Nacht bis nahe an den Hafeneingang zu gelangen.

Wie der russische General Katschinski berichtet, war es am 19. April am Jaluruhig. Gegenüber von Goultschi und weiter oberhalb führen die Japaner Erdbefestigungen auf. Die Zahl der japanischen Truppen nimmt zu, sie ziehen sich nach Widdau zusammen; gleichzeitig rücken sie langs des Jalus nach Norden weiter. Die Dichter von japanischen Kriegsschiffen wurden von Kojakenposten bemerkt in der Bucht von Jintaischi, gegenüber dem Dorfe Totinsa, 25 Meilen westlich von Latungkau. Die Schiffe stehen in einer Entfernung von ungefähr 50 Meilen von der Küste. Wie General Mitschikentō meldet, wurden japanische Schiffe auch bei Santschiön gesehen. Nach einer Neutermeldung aus Söl gehen die japanischen Behörden zu, daß beständig Vorpostengefechte am Jaluruhig stattfinden, aber sie erklären zugleich, daß zurzeit noch keine entscheidende Aktion gefallen sei. Nachrichten über einen Zusammenstoß werden jederzeit erwartet. Man schätzt die Russen am Jalur auf 50 000 Mann. Die wildsten Gerüchte, hauptsächlich aus koranischer Quelle, sind im Umlauf, die aber absolut ungläubwürdig sind.

Dem „Standard“ wird aus Tschiifu gemeldet, Sonntag nacht habe man dort schweren Geschützdonner gehört und das Blitzen von Scheinwerfern gesehen. Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß eine große Anzahl von japanischen Transport- und Kriegsschiffen in der Richtung nach Port Arthur dampfen gesehen wurde.

Die japanische Flotte hat, wie aus Nagasaki gemeldet wird, drei Kontaktminen, die sie 40 Seemeilen vom Schantungvorgebirge entfernt auf See treibend gefunden, zerstört.

Auf einen Verrat des japanischen Feldzugsplans an die Russen durch den japanischen Oberleutnant Hanzoku wird in einer Mitteilung der „Evening Post“ aus Tokio das langsame Vorrücken der Japaner zu Lande zurückgeführt. Hanzoku soll erschossen worden sein.

Politische Rundschau.

Flottentreiber. Der Hauptstand des deutschen Flottentreibers hat in einer Versammlung, die er am Sonntag zu Dresden abhielt, einstimmig beschlossen, „unvergütlich in eine großzügige Agitation für eine erhebliche Verstärkung der Flotte und eines nach jeder Richtung beschleunigten Ausbau derselben einzutreten“. Diejenige Beschlüsse ging ein Referat des Generals Reim voraus; der General erklärte, „daß wir vor der unabweisbaren Notwendigkeit stehen, mit aller Beschleunigung in eine ganz erhebliche Vermehrung unserer Kriegsschiffe einzutreten, so daß mindestens bis zum Jahre 1912 drei moderne Linien-Schiffschiffe geschwader nebst den zugehörigen großen und kleinen Kreuzern fertig gestellt werden müssen“. Diese Forderung des Flottentreibers deutet sich auf ein Paar genau mit dem, was in verschiedenen Blättern als die höchste unmittelbar bevorstehende Forderung der Regierung bezeichnet worden ist, ohne daß die Regierungsvorlage es für nötig gehalten hätte, eine solche Nachricht zu verbreiten. Während es der Zweck beider zum Zweck gewordenen Flottenvorlagen angeblich gewesen sein soll, den Ausbau der deutschen Kriegsmarine zu einem gewissen Abschluß zu bringen, werden jetzt neue Forderungen geltend gemacht, die nicht mehr und nicht weniger als eine neue Milliardenausgabe bedeuten. Und woher nehmen? Selbst Herr General Reim kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß Hand in Hand mit jenen Vorlagen eine massenhafte Steuerreform einzuführen sei. Offensichtlich übernimmt es der Flottentreiber, auch für diese Steuerreform in eine „großzügige Agitation“ einzutreten und die beschriebenen Maßnahmen darüber aufzuklären, daß die Tragung der neuen Milliardenlast unendlich mehr den Besitzlosen zu kommen werden würde. Es ist in der Tat unheimlich, woher die Mittel für dieses dritte Doppelgeschwader genommen werden sollen, wenn sich das Reich nicht neue erhebliche Einnahmevermehrungen erschießt. Ein Staat, der nicht einmal mehr jene notwendigen Ausgaben durch oberirdische Einnahmen decken kann, der — um ein Bild zu gebrauchen — schon das Geld, das er täglich benötigt, beim Krücker aufgreifen muß, der sich auf Schulden auf Schulden häuft, ohne eine Lösung auch nur zu denken, und der plötzlich das Bedürfnis empfindet, ein paar Milliarden in Rückzahlungen anzusetzen, was doch höchlich die Einsicht geniesst, daß er endlich einmal auf seine Verschuldung irgend wie in Ordnung bringen muß, die Herran werden noch wohl nicht so unterbrochen sein, es eine neue Erhöhung der indirekten Ab-

gaben zu denken. Der sollten sie es wirklich so eifrig haben, noch so viele in das Lager der Sozialdemokratie zu treiben, als ihr zur Gewinnung der absoluten Volksmehrheit noch fehlen? Die „großzügige Agitation“ der Flottentreiber mag beginnen. Je früher, je lieber! Die Sozialdemokratie hat mit allen „großzügigen Agitationen“ für neue Flottenvorlagen so gute Erfahrungen gemacht, daß sie eine neue wirklich nicht zu fürchten braucht.

Eine Vertagung des Reichstages bald nach Pfingsten stellen die Abgg. Dr. Bachnick und Gröber in ihren Reden am Mittwoch als möglich hin. Tatsächlich ist, so meldet ein parlamentarischer Berichterstatter, diese Möglichkeit an ausschlaggebenden Stellen des Reichstages bereits ernsthaft erwogen worden. Die Veranlassung dazu bietet die Erkenntnis, daß der Reichstag das ihm vorliegende Beratungsmaterial doch nicht mehr erledigen kann.

Ein neues Loch für Millionen. Das Unterseeboot wird jetzt auch für die deutsche Marine schreckliche Wirklichkeit. Aus Kiel wird gemeldet: „Die im Vorjahre von der Germania-Werft unternommenen Probefahrten mit einem neuen Unterseeboot sind wieder aufgenommen worden und derartig günstig ausgefallen, daß die Marineverwaltung der Anschaffung von Unterseebooten näherzutreten gedenkt.“ — So werden wir also bald tüchtige Millionenposten für Unterseeboote zu bewilligen haben.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm Mittwoch die Beratung der Finanzreform wieder auf. Der Staatssekretär v. Stengel erläuterte die Denkschrift über die voraussichtliche Entwicklung der Reichseinnahmen und Ausgaben in den nächsten fünf Jahren. Es handelte sich hierbei nur um eine Wahrscheinlichkeitsberechnung, die mit allem Vorbehalt aufzunehmen sei. Zukünftige Gesetze und die mit ihrer Durchführung verbundenen Kosten könne man nicht voraussagen. Reichssteuern zu diskutieren, sei mißlich. Man beunruhige nur und wisse nicht, was dabei herauskomme. Auch über die Mehrerträge des Zolltarifs könne nichts Sicheres gesagt werden. Möglich sei es, daß wir auch nach Inkrafttreten des Zolltarifs um neue Steuern nicht herumkommen. Jedenfalls könne man auf die Einnahmen des neuen Zolltarifs nicht warten. Die Aufhebung der Malzschottsteuer könne erst nach Jahren erwogen werden, obgleich die Mißstände augenfällig seien. Jedoch werde der Bundesrat sich einen Verbesserungsantrag nicht versagen. Auch eine Reform der Brausteuer sei dringlich und in Vorbereitung. Eine Besteuerung des Stärkezuckers sei bedenklich, weil sie die Ausnutzung des armen Bodens erschwere. Hundert Millionen Defizit seien eigentlich jedes Jahr bis zum Inkrafttreten des neuen Zolltarifs zu erwarten. Ueber den neuen Nahrungsmittelzölle sei ja fast verfügt und die Industriezölle werden kaum mehr einbringen. Müller-Fulda (B.) erklärte sich von den Mitteilungen des Staatssekretärs begeistert. Da aber 100 Millionen Defizit ständig zu erwarten seien, müsse um so mehr an der Beweglichkeit der Matrikularbeiträge festgehalten werden. Die definitive Stellung zu dem Gesetz müsse er sich noch vorbehalten. Jedenfalls müßten Vorschläge zur Beseitigung des Defizits gemacht werden. Weiter wurde über die Wichtigkeit der in der Denkschrift gemachten Vorschläge debattiert, und alsdann die Beratung auf Montag vertagt.

Die Baugener Offiziersaffaire. Die Strafkammer in Dresden verurteilte Mittwoch den verantwortlichen Redakteur der „Sächs. Arb.-Bzg.“, Genossen Düweli, wegen Verleumdung der Offiziere des Regiments Nr. 103 in Baugen zu 4 Monaten Gefängnis. Ein Artikel der „Arbeiterzeitung“ hatte behauptet, einige Baugener Offiziere hätten in dem „Hotel zum Fuchsbau“ in Baugen mit einer Bürgerstöchter eine Orgie gefeiert und seien von dem Vater des Mädchens dabei überfallen worden. Die Hundepölsche habe bei dem Vorfall eine Rolle gespielt. Ein Vertagungsantrag wurde abgelehnt.

Die Verlustliste Nr. 3 der südwestafrikanischen Expedition wird im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Die Liste enthält die Namen der bei Mahami, Daganjita und Matumba Gefallenen und Verbundenen, die wir bereits mitgeteilt haben. Außerdem aber werden verzeichnet als an Krankheiten gestorben: Oberbootsmannsmaat Walter Thormest (Maschinenartillerieabteilung des Expeditionskorps) aus Heitstede, Mansfelder Gebirgskreis, in Otahandja am 12. 4. 04. Seefeldat Emil Benz (I. Seebataillon) aus Neuenhagen, K. Niederbarnim, in Windhut am 7. 4. 04. Gefreiter Ernst Morwinsky (II. Seebataillon) aus Großauz, K. Angerburg, zwischen Dithsenena und Seelis am 29. 3. 04. Seefeldat, Hornist Josef Siegelmeier (II. Seebataillon) aus Grotz, K. Steg, in Omacuru am 4. 4. 04. Diese vier Todesfälle sind bisher nicht amtlich gemeldet worden.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich Mittwoch mit der Wahl des Abg. Fuchs (B.), der im 6. Wiener Wahlkreis (Dittweiler—St. Wendel-Weisenheim) gewählt ist. Man beschloß über eine Reihe von Punkten in Protesten Beweis-Erhebungen. — Die Petitionskommmission des Reichstags hat am Mittwoch mit 16 gegen 9 Stimmen beschlossen, über eine Petition auf Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuchs (Widernatürliche Unzucht) Ueberlegung zur Tagesordnung zu empfehlen. — Die Kommission zur Vorbereitung der Novelle zum Münzgesetz hat am Dienstag noch keinen Beschluß gefaßt, sondern den Reichsschatzsekretär ersucht, bis zur nächsten Sitzung Probeblende von Fünzigpfennigstücken anfertigen zu lassen. Der Vorschlag des rechtskonservativen Abg. Trendt, durchlochte Nidelmünzen herzustellen, wurde einstimmig bekämpft. — Nach der „Staatsbürgerzeitg.“ hat Wilhelm II. es abgelehnt, den Reichstagsabg. Bruhn (L.), der eine halbjährige Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, zu begnadigen, obwohl sich die Vorstände der Berliner konservativen Vereine dem Gnadengesuch des Bruhn angeschlossen hatten. — Zwischen Schweden und Portugal wurde ein Weistühgungungsvertrag abgeschlossen. — Das englische Unterhaus stimmte mit 265 gegen 198 Stimmen in einer Resolution dem Teesoll zu und sodann auch dem Tabaksooll — In Meslau bei Lorient (Frankreich) kam es zu einer blutigen Schlägerei zwischen den zum Militär ausgehobenen vertriebenen Gemeinden. Die Gendarmen griff ein. Ein Verhafteter wurde gefolter, einige schwer, andere leicht verletzt. — Von russischer Seite wird auf schnelle Bezahlung der fälligen

Kriegsentschädigungsansprüche durch die
Porte gedrungen. — Der bulgarische Minister-
rat bewilligte abermals 100000 Frankl zur
Unterstützung flüchtiger mazedonischer
Kinder und Weiber. Dagegen wurde den männ-
lichen Flüchtlingen eröffnet, daß für sie die Unterstützungen
vom nächsten Monat aufhören. Sie werden aufgefordert,
bei Straßenbauten Arbeit zu suchen. — Die Gendar-
merie des Distriktes Vidnyburg verhaftete
Dienstag nach längerer Verfolgung sieben des Hoch-
verrats beschuldigte berittene ehemalige Burghers.
— Das amerikanische Repräsentantenhaus
nahm eine Vorlage an, nach welcher die Territorien
Arizona, Neu-Mexiko, Oklahoma sowie das
Indianerterritorium zu Staaten erklärt
werden.

Österreich-Ungarn.

Eisenbahnerstreik in Ungarn. Ein gewaltiger
Streik, der in seinen Folgen für das wirtschaftliche Leben
unberechenbar erscheint, ist in Ungarn ausgebrochen: die
Eisenbahnangestellten haben fast sämtlich die Arbeit eingestellt
und damit den Verkehr so gut wie aller ungarischen Bahn-
linien lahm gelegt. Die Veranlassung zum Ausstande gab
die Unzufriedenheit der Eisenbahnbeamten mit ihren Gehalts-
bezügen; eine von der Regierung ausgearbeitete Vorlage, die
die Gehaltsfrage regeln soll, hat den Erwartungen der Be-
amten nicht entsprochen und eine lebhafte Protestbewegung
hervorgeufen. Für Mittwoch war deshalb, wie auch von
uns gemeldet, eine Landesversammlung der Eisenbahn-
beamten nach Budapest einberufen worden; der General-
direktor der Staatsbahnen hatte jedoch den Beamten den
Besuch dieser Versammlung verboten und, wie es heißt, auch
die Führer der Bewegung gemahnt. Darauf antworteten
die Angestellten mit der Einstellung der Arbeit. Kein
Zug der Staatsbahnen verkehrte. Die Ver-
bindung mit Wien erfolgt auf den Donauschiffen. Von
Wien gingen Mittwoch nur Züge der Südbahn ab, die in
privatem Betrieb steht. In der Nacht zum Mittwoch sind
sechs fällige Züge nicht in den Budapest Westbahnhof ein-
gefahren und acht fällige Züge nicht abgegangen. Der
Streik begann damit, daß Dienstagabend auf dem
Budapester Westbahnhof sämtliche Weichen-
lichter und Signallampen ausgelöscht wurden;
nur das Semaphorlicht wurde beibehalten, der Semaphor
aber auf Halt gestellt. Ein Güterzug wurde an der Ein-
fahrt dadurch gehindert, daß einige hundert Ausständige sich
vor die Lokomotive drängten, worauf der Lokomotivführer,
der Heizer und der Zugführer abstiegen. Der Wiener
Schnellzug wurde auf der Station Kafas Pelota an-
gehalten; die Passagiere legten darauf den halbständigen
Weg nach Budapest mit der Stadtbahn zurück. Das Streit-
komitee hatte telegraphisch die Weisung erteilt, um Mitter-
nacht alle Züge auf den Stationen, wo sie um diese Zeit
eintreffen, anzuhalten und an der Weiterfahrt zu
verhindern. Die Ausständigen ließen jedoch von ver-
schiedenen Punkten des Landes Züge ab, welche indessen nur
Eisenbahnangestellte nach Budapest beförderten. Sobald aber
diese Angestellten in Budapest eintrafen, wurden sie von
Militär und Polizei verhaftet. Bis Mittag waren bereits
450 Eisenbahner verhaftet worden. 500, die
späterhin aus Fiume eintrafen, wurden ebenfalls in Haft ge-
nommen. Die Arbeiter in den Werkstätten des
Westbahnhofes erklärten sich mit den Ausständigen
solidarisch. Nach einer polizeilichen Mitteilung be-
mächtigten sich 750 Angestellte in Bator-Bagy eines Zuges
und leiteten ihn nach Budapest. Bei ihrer Ankunft wurden
sie von der Polizei in Empfang genommen. Ein Straf-
verfahren ist eingeleitet worden. Die Drahtverbindung
zwischen den Stationen Budapest-Marchegg und Budapest-
Iskola ist unterbrochen, da die Ausständigen die
Telegraphentaster demontiert haben. Die Postbeamten,
welche gleichfalls mit den Gehaltsverhältnissen unzufrieden
sind, wollten Mittwochabend darüber beschließen, ob sie den
Streik mitmachen sollen. Die Budapest-
Bahnhöfe sind militärisch besetzt. Der Zug, der
eine Infanterieabteilung auf einen der Bahnhöfe bringen
sollte, mußte vom Bezirkschef selbst geführt werden. Wie
berläutet, ersuchte der Präsident der Staatsbahnen den Rektor
des Polytechnikums, der Verwaltung Polytechniker zur
Verfügung zu stellen, die das Examen bestanden haben und
als Lokomotivführer verwandt werden können. Die Orient-
expresszüge Paris-Konstantinopel sind in der
Nacht nach beiden Richtungen, wenn auch mit großen Ver-
spätungen, abgegangen.

Wie vorauszusehen war, hat sich das Abgeord-
netenhaus, sobald es seine Sitzungen wieder aufnahm,
sofort mit dem Streik beschäftigt. Der Abg. Bazsonyi
erklärte, der Streik gereiche dem ungarischen Staate zur
Schande und zum Schaden. Er verurteile zwar den Streik,
aber es sei gar kein anderes Mittel vorhanden gewesen, um
den berechtigten Beschwerden Geltung zu verschaffen. Ab-
gesehen davon, daß die Gehaltsregelung ungerecht sei, habe
man auch durch das Verbot der Versammlung und die Ein-
leitung der Untersuchung gegen die Führer der Bewegung
das Solidaritätsgefühl der Masse arg verletzt. Das habe
sich nun gerächt. Bazsonyi beantragte schließlich, die Regie-
rung möge die Beschwerden der Streikenden anhören.
Der Handelsminister Pieronnyi erklärte, daß beide
Beamte ihre Pflicht verletzt haben, was man nicht dulden
konne. Die Regierung werde unbestimmt um den Aus-
stand für die Aufrechterhaltung des Betriebs sorgen. Wer
binnen kurzem in den Dienst wieder zurückkehre, werde
milde behandelt, die anderen bestraft werden. Die Re-
gierung habe die Bewegung nicht verursacht, da sie die ge-
rechten Forderungen der Beamten erfüllte und energische
Schritte erst tat, als die Beamten sich geschwätzigen
„Geheereten“ hingaben. Ministerpräsident Graf Tisza er-
klärte, Beamte hätten strafbare Handlungen begangen, indem
sie sich fremdes Gut, wie Lampen, Lokomotiven u. s. w.
widerrechtlich aneigneten. Was stattdes, sei kein Streik,
sondern eine Pflichtverletzung verübter Beamter. Durch
die jähe Fortsetzung des Ausstandes würden die Beamten
nichts erreichen können; es sei besser, wenn sie zurückkehrten.
Die Strafen der Regierung würden sich nicht gegen die
„Streikführer“, sondern nur gegen die „Rädelsführer“ rich-
ten. Die Debatte wurde sodann abgebrochen. Die Regie-
rung will nach der „Frankf. Zig.“ zur Leistung des Dienstes
ein Eisenbahnerregiment heranziehen.

Verstimmte Staaten.

Zu schweren Konflikten ist es, nach Rabelmeldungen

bürgerlicher Blätter aus New-York, im Grubenarbeiterstreik
gekommen, der in der im Kohlenbezirk belegenem Stadt
Garrett (Pennsylvanien) ausgebrochen ist. Man be-
fürchtet einen blutigen Kampf zwischen den Streikenden und
den Nicht-Gewerkschaftlern. Bereits sind zahlreiche Schiffe
gewechelt. Ein Arbeiterwohnhaus wurde nieder-
gebrannt; hierbei kam die Frau eines Grubenarbeiters
mit 5 Kindern um.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 21. April.

Nach „berühmten“ Muster! Von welchen erheblichen
Wirkungen heute bereits der Bäckereistreik für die nicht ge-
regelten Jnnungsbetriebe resp. Brotsfabriken ist, beweist der
Umstand, daß diese sich nunmehr der Hilfe des Ge-
richts bedient haben, um den Streikenden eine nach ihrer
Meinung äußerst wichtige Waffe zu entwenden. Es
ist nämlich gestern folgende einstweilige Verfügung er-
gangen:

Beschluß.

In Sachen

1. der Handlungsfirma J. Fr. Petersen, Dampf-
mühlens- und Dampfbrotsfabrik in Lübeck,
2. der Dampf-Bäckerei „Gansa“ J. G. C. Junge
u. Co. in Lübeck,
3. des Vorstandes der Bäcker-Innung zu Lübeck, ver-
treten durch die Obermeister Eduard Kliefoth und Hein-
rich Nolte zu Lübeck,

Antragsteller,

vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Vermehren, Dr.
Wittern, Otto Schorer in Lübeck,

gegen

1. die Lohnkommission der Bäcker-Gesellen von Lübeck
und Umgegend, Vorsitzender Charles Wolz in Lübeck,
 2. den Verleger des „Lübeker Volksboten“, Theodor
Schwarz, wohnhaft in Lübeck, Altheide 16, wegen Unter-
lassung
- wird auf Antrag der vorstehend als Antragsteller Ge-
nannten eine einstweilige Verfügung dahin
erlassen:

Dem Vorsitzenden der Lohnkommission der Bäcker-
gesellen Lübeck's und Umgegend, Charles Wolz, den
übrigen Mitgliedern der genannten Lohnkommission und
dem Verleger des „Lübeker Volksboten“, Theodor
Schwarz, wird bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu
1000 Mk. oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für
jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten,
1. durch öffentliche oder nichtöffentliche Kundgebungen
anzufordern, daß die Bevölkerung ihre Backwaren nur
aus denjenigen Bäckereien beziehen solle, welche die For-
derungen der Lohnkommission bewilligt haben, oder daß
sie die anderen Bäckereien meiden solle,
2. Verzeichnisse der nichtbewilligenden Bäckereien
oder ihrer Verkaufsstellen oder Verzeichnisse der be-
willigenden Bäckereien mit der Aufforderung zu ver-
öffentlichen, aus ersteren nicht, sondern nur aus letzteren
ihren Bedarf zu decken.

Lübeck, den 20. April 1904.

Die Erste Zivilkammer des Landgerichts.
gez. Hoppenstedt. Dr. Neumann. Hagemann.

Ausgefertigt.

Lübeck, den 20. April 1904.

Der Gerichtsschreiber
der Ersten Zivilkammer des Landgerichts.
(L. S.) gez. Schlichting, Sekretär.

Für richtige Abschrift

Dr. Wittern,
Rechtsanwalt.

Auf Grund dieser zu Gunsten der jedenfalls arg
bedrängten Bäckermeister erlassenen einstweiligen Ver-
fügung konnte am gestrigen Tage das bereits fertig ge-
stellte Flugblatt an die Bevölkerung, in dem die Ur-
sachen des Bäckereistreiks und die Forderungen ausführlich
auseinandergesetzt waren, nicht in seinem ganzen
Teile zur Verbreitung gelangen, weil in demselben
die Aufforderung enthielt, nur Backwaren nur aus
den namhaft gemachten geregelten Bäckereien zu beziehen.
Insoweit war es den Herren also durch ihr nach dem stiel-
er-Muster ausgeteiltes Vorgehen gelungen, die Aufklärung
der Bevölkerung auf diesem Wege zu
hinterreiben. Nicht inhibieren aber konnten sie die
Verbreitung der von den Flugblättern abgetrennten Ver-
sammlungseinladungen. Und daß diese auch so
ihren Zweck, die heutige Versammlung zu ge-
stalten, erfüllen werden, kann für uns keinem Zweifel
unterliegen. So wird die heutige Versammlung gleich-
zeitig eine Protestversammlung sein gegen das
Vorgehen der Innung und des Gerichts gegenüber den
um menschenwürdige Zustände ringenden Bäcker-Gesellen.
— Im Uebrigen wird obiger Beschluß seinen Zweck voll-
ständig verfehlen; es werden fortan ohne jede weitere
Aufforderung täglich die Bäckereien veröffent-
licht, die als geregelte zu betrachten sind.
Auch das genügt! So kennzeichnet sich also das Vorgehen
der Innung und des Gerichts als ein Schlag ins
Wasser, der geeignet ist, den Streikenden die Sympa-
thien der gesamten Bevölkerung zu sichern.

Die Zusammenkunft der Senate der drei Hansstädte
wird nach einem Hamburger Blatt am 2. Juni in Ham-
burg stattfinden.

Zum Bäckerstreik. Gestern abend fand für Stodtel-
dorf-Fachsenburg eine sehr gut besuchte Volksver-
sammlung im Lokale des Herrn Baetau statt, welche
sich mit dem Bäckerstreik beschäftigte. Gen. Almann
behandelte in seinem Referat zunächst die Ursachen der
Forderung auf Abschaffung des Kost- und Logiswesens
beim Meister, schilderte dann den Kampf ausführlich und
kritisierte in scharfster Weise die schmutzige Kampfweise
unserer Gegner und der bürgerlichen Presse. Es zeigte sich
wieder mit größter Schärfe, daß die Interessen der Arbeit-
erschaft nur vom „Volksboten“ wirksam vertreten werden.
Zum Schluß appellierte der Referent an die Anwesenden
und besonders an die Frauen, die Bäcker in ihrem schweren
Kampfe zu unterstützen und nur Backwaren aus Bäckereien
zu beziehen, welche die berechtigten Forderungen der
Streikenden bewilligt haben. Reicher Beifall wurde dem
Redner gezollt. An der Diskussion beteiligten sich unter
andern die Genossen Herrmann, Hoffmann, West-
fehling und Hansen. Es kam hauptsächlich zum
Ausdruck, daß viele Bäckermeister alles versuchen, ihre
Kunden zu belügen und zu beschwindeln. So erklären
einige, sie hätten sich mit ihren Gesellen geeinigt, andere
haupten, sie hätten mit dem Streik nichts zu tun.
Mit Recht wurde betont, daß das nur geliche, um das Publi-
kum irrezuführen und den Bäckermeistern die Kundschafft
zu erhalten. Das Verhalten dieser Innungsmeister zeigt
recht deutlich, daß der „Volksboten“ außerordentlich sichtbar für
die Bäckermeister wirkt. Es wurde eine Resolution

einstimmig angenommen, in welcher sich die Versammelten
mit den streikenden Bäckern solidarisch erklären und ver-
sprechen, diese in ihrem Kampfe dadurch zu unterstützen,
daß sie nur Backwaren aus geregelten Be-
trieben entnehmen.

Zuzug von Bäckern und Mietern nach
Lübeck ist streng fernzuhalten.

Mit der Einziehung der Talersstücke, welche bekannt-
lich wegen Mangels an Fünf- und Zweimarkstücken unter-
brochen worden war, wird nunmehr wieder begonnen
werden, nachdem in diesem Jahre bereits große Mengen
neuer Münzen geprägt und seit Februar in Verkehr ge-
bracht sind.

Eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen
Lübeck und Schleswig wird von Interessenten ge-
plant. Die Dampfer sollen ausschließlich dem Frachtverkehr
dienen.

Achtung, Hafenarbeiter! Ueber die Firma M. Lang-
hals u. Co. (Inhaber Gold) ist seitens des Lokalver-
bandes der Hafenarbeiter Lübeck's wegen Nichtanerkennung
des Lohntariffs die Sperre verhängt worden.

Die St. Gertrud-Bücherei, Marktstraße 4, macht be-
kannt, daß sie in Liebereinstimmung mit der Volkshochschule
in der Einrichtung der Lesegebühr vom 1. April 1904 an
eine Veränderung eingetreten läßt. Erstens fällt die Klauktion
weg und kann dieselbe daher von den Lesern beim nächsten
Bücherwechsel entgegengenommen werden. Dann soll an-
statt für jeden Band 2 Pf. zu zahlen, eine für ein Jahr
gültige Vergütung von 40 Pf. geleistet werden. Wer die
Leihfrist von drei Wochen überschreitet, hat eine Versäum-
nisgebühr von 10 Pf. zu entrichten.

Verdiente Auszeichnung. Vom Senate ist dem Lehrer
an der Realschule, Herrn W. Lemke, der mit eigener
Lebensgefahr am 18. v. M. das zehnjährige Mädchen E.
Bedelhoff vom sichern Tode des Ertrinkens aus dem Kan-
al gerettet hat, für diese wackere und mutige Tat die
große, silberne Medaille für Rettung aus Gefahr ver-
liehen worden.

Das Annehmen einer Zeitung in rechtswidriger
Absicht, auch wenn sich die Zeitung draußen auf der Tür-
linke der Haustür befindet, ist Diebstahl. Wegen Fort-
nehmens einer Zeitungsnnummer von der Türlinken wurde
erst kürzlich eine Frau vom Schöffengericht in Königsbütte
zu 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Der Kammergüter-Verein für Lübeck und Um-
gegend hält seine diesjährige Ausstellung an den beiden
Hauptplätzen und zwar wieder in Kiel's Etablissement
ab; mit derselben ist diesmal eine Tombola verbunden.
Zur Verlosung kommen nur wertvolle Liere. (Siehe
Zuletzt in heutiger Nummer.)

Ein Fahrradwunder entwendete gestern nachmittag
gegen 5 1/2 Uhr ein vor einem Hause am Pferdemarkt
stehendes neues Fahrrad (Marke Triumph) mit der
Fabriknummer 4146 und der vom Polizeiamte gezeichneten
Erkennungsnummer 1870. Das Rad hat schwarzes
Gestell, schwarze Felgen und etwas verbogene Bremsvor-
richtung.

Vom Hafen. Im Laufe der vergangenen Woche ge-
langten auf dem Seewege 27 Dampfer und 21 Segler und
auf dem Kanalwege 21 Fahrzeuge nach hier.

Handelsregister. Am 14. April 1904 ist eingetragen
worden: 1. bei der Firma Pietro Cagna in Lübeck: Die
Firma lautet jetzt: Hiesler-Bazar Pietro Cagna; 2. bei der
Firma Ernst Gent in Lübeck: Die Protura des G. F.
Blunk ist erloschen; 3. bei der Aktiengesellschaft in Firma
Borchshuf- und Spar-Verein in Lübeck: Durch Beschluß der
Generalversammlung vom 4. März 1904 ist ein neuer Ge-
sellschaftsvertrag festgestellt. Die Gesellschaft wird ver-
treten durch die Vorstandsmitglieder Dr. jur. C. G. H.
Frank oder J. H. Stadtgenß, je zusammen mit zwei
anderen Vorstandsmitgliedern. — Am 15. April 1904 ist
bei der Firma Germania, internationale Auskunftei und
Inkasso-Bureau, W. Föhrke in Lübeck eingetragen worden:
Das Geschäft ist auf die Kommanditgesellschaft in Firma
Germania, internationale Auskunftei und Inkasso-Bureau
W. Föhrke, Kommanditgesellschaft in Lübeck übergegangen.
Persönlich haftender Gesellschafter ist der Kaufmann W.
G. Föhrke in Lübeck. Es ist ein Kommanditist vorhanden.
Die Gesellschaft hat am 14. April 1904 begonnen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Gegen ein früheres
Dienstmädchen wurde Anzeige wegen Betruges erstattet.
— In der Nacht vom 18. auf den 19. d. M. wurden aus
einem auf einem an der Armistrafte belegenden Grund-
stücke befindlichen Stalle 8 Tauben gestohlen.

Schlutz. Die Zahlung der Einkommen-
steuer von Steuerpflichtigen der Landgemeinde Schlutz,
mit Ausnahme der in den Ortschaften Wesloe, Branden-
baum und Hohewarte wohnenden, hat vom 1. Mai d. J.
ab an die im Gemeindebureau in Schlutz eingerichtete
Steuerbestelle zu geschehen, jedoch nur in den auf den
Steuerzetteln angegebenen Fristterminen. Nicht rechtzeitig
bezahlte Steuerbeträge müssen mit der gesetzlichen Gebühr
im Steuerbureau in Lübeck entrichtet werden.

Schwarten. Die Frühjahrskontrollver-
sammlungen finden hier selbst am Sonnabend um 10
resp. 2 1/2 Uhr und am Montag früh 8 Uhr in Jürgen's
Hotel statt.

e. Stodtel'sdorf. In der Generalversamm-
lung des Stodtel'sdorfer Konsumvereins, welche am
Sonntag stattfand, wurde Genosse Gerhardt als Haupt-
kassierer wiedergewählt. In den Ausschicht wählte man
die Genossen Riedel, Romann, Kopp, F. Bartley
und Peters. Sodann wurde beschlossen, 40 Hausanteil-
scheine à 25 Mk. bei einem Zinssatz von 5 Prozent auszu-
geben; der Ertrag soll zur Abtragung einer Hypothek von
1000 Mk. zum 1. Juli verwendet werden. 6 dieser Anteil-
scheine sollen alljährlich zur Auslösung gelangen. Die
Zahlung der Summe kann in kleinen Raten erfolgen.
In der Versammlung wurden sofort 23 Anteile ge-
zeichnet.

Kalente. Seitens der Zimmerer ist über das
Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen
hier selbst, die Sperre verhängt worden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Lange-
Lohe bei Glushorn fiel ein 23jähriger Knabe in eine
Lochgrube und ertrank. — In Radu bei Parchim
schickte ein Großfeuer am gestrigen Tage die Gehöfte von
Schwanf, Stecker, Wilde und Wulffow, sowie 4 Scheunen
total ein. Insgesamt sind 15 Gebäude niedergebrannt.
Das Feuer ist auf dem Gehöft des Schwant ausge-
brochen.

Kiel. Daß die Kriegsgerichte auch „milde“
urteilen können — allerdings wenn es sich nicht um
Soldatenschilder handelt —, zeigte das Oberkriegsgericht
der aktiven Schlachflotte. Auf die Berufung des Gerichts-
herra wurde der in erster Instanz nur wegen Beleidigung
eines Vorgesetzten zu 28 Tagen strengem Arrest verurteilte,
zu Danzig geborene Korpedoheizer B. vom Kaiser
Friedrich III. auch des tätlichen Angriffs schuldig
befunden und zu 1 Jahr 1 Tag Gefängnis verur-
teilt. Der Fall wurde, schreibt die „Kieler Zig.“, obwohl
B. einen Unteroffizier an der Brust anpackte und ihn in
das linke Auge schlug, so milde mitmännlich er-
achtet.

leben, weil B. in starkgradiger Trunkenheit handelte, diese Trunkenheit aber auf das Verschulden eines anderen Borgefesten zurückzuführen war. — Wie würde da erst ein strenges Urteil ausfallen!

Schwerin. Unschuldig verurteilt. Der Arbeiter Stegemann und dessen Ehefrau aus Gr.-Klein wurden im Jahre 1899 zu 5 bzw. 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil beide die Arbeiterfrau Grünwaldt zur Brandstiftung verleitet haben sollten. Nachdem die Grünwaldt ihre vierjährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte, hat sie jetzt das Geständnis abgelegt, daß sie von ihrem Manne zur Brandstiftung verleitet worden sei. Infolgedessen ist Stegemann vor kurzem aus dem Zuchthaus Dreierbergen entlassen worden; eine ihm früher angebotene Begnadigung hatte er abgelehnt.

Wismar. Zu dem Mord und Selbstmordversuch, über den wir bereits kurz berichtet haben, wird noch gemeldet: Der Mühlenstraße wohnhafte Arbeiter Stier hat aus bisher unbekanntem Grunde seine Frau durch Messerschneide in den Hals getötet und dann versucht, sich auf gleiche Weise das Leben zu nehmen. Sonntag abend kehrte das Ehepaar, anscheinend in bestem Einvernehmen, von der Gartenarbeit heim. Als Montag Morgen gegen 6 Uhr bei ihnen noch alles ruhig blieb, stieß eine unter ihnen wohnende Frau mit einem Besen gegen die Decke, um das Ehepaar zu wecken. Sie hörte dann auch Schritte, doch darauf war wieder alles ruhig. Da aber die Eheleute bis 9 Uhr ihre Wohnung noch nicht verlassen hatten, wollten Miethewohner des Hauses nachsehen, ob vielleicht etwas passiert sei. Als sie durch die nur eingeklinkte Stubentür eintraten, bot sich ihnen ein graufiges Bild. Beide Eheleute lagen mit durchschneittenem Halse in den von Blut durchtränkten Betten. Der Mann gab noch Lebenszeichen von sich und wurde sofort zum städtischen Krankenhaus transportiert, das er erst vor sechs Wochen verlassen hatte. Im vorigen Jahre hatte der Mann bereits den Versuch gemacht, sich zu erschießen. Ob er diesmal dem Leben erhalten bleiben kann, ist fraglich. Die Frau war bei der Entdeckung der entsetzlichen Tat bereits tot. Da um 6 Uhr noch Schritte in der Wohnung gehört wurden, wird der

Mann den Mord und Selbstmordversuch zwischen 6 und 9 Uhr vollführt haben.

Güstrow. Eine allgemeine Versammlung aller mecklenburgischen Krankentassen-Vorstände wählte eine Kommission, welche mit dem Versteherverein zwecks Schaffung einer Instanz zur Erledigung von Streitfragen zwischen Veraten und Krankentassen verhandeln soll. Aufgabe derselben soll ferner die Prüfung der Frage sein, in welcher Form eine Organisation der sämtlichen mecklenburgischen Krankentassen errichtet werden kann.

Bremen. Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Der Bäckergehilfe Reichert kam von der Militärmusterung in eine Wirtschaft und erging sich hier in beleidigenden Ausäußerungen über die bremischen Schulsleute und den Kaiser. Er wurde dafür von der hiesigen Strafkammer zu 3 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Verden. Ein teurer Versuch. Der Zimmermann Matthiesen aus Arfrade wurde von der Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er unter Anwendung von Gewalt versucht hatte, ein 16jähriges Mädchen auf der Landstraße bei Walsrode zu küssen.

Beste Nachrichten.

Hannover. Zwei Kinder getötet. Im nahen Badenstedt wurden Dienstag zwei schulpflichtige Mädchen getötet, eins durch eine Aderwalze, das andere verbrannt beim Kokssuchen unter Schlacken.

Brig (Kanton Wallis). Durch eine Lawine wurde in dem Dorfe Gremgiols 20 Menschen und 5 Häuser begraben. Von den 20 verschütteten Personen, die in den Beeten vom Unglück überrascht wurden, kamen 13 um. Ein weiteres Lawinenunglück wird wegen der ungeheuren Schneemassen und des ungewöhnlich warmen Wetters befürchtet.

Nizza. Millionenunterschlagung. Der Bankier Gayraud hat nach Hinterlassung von zwei Millionen Passiven die Flucht ergriffen. Er war Leiter der Nizzaer Bank und Kreditanstalt.

Paris. Furchtbares Lawinenunglück. In der Gemeinde Pragalato zerstörte Dienstag eine Lawine eine Anzahl Hütten, in denen Bergarbeiter Unterkunft gefunden hatten. Ungefähr hundert Arbeiter wurden verschüttet, von denen sich nur 25 retten konnten. Mittwoch morgen versuchten die Umwohner unterstützt von Truppen, trotz des herrschenden Unwetters zu der Unglücksstätte zu gelangen, um den verschütteten Arbeitern zu Hilfe zu kommen.

New York. Blutiger Kampf im Stadtparlament. In Troy, einer Stadt bei New York, waren nach einer Kabelmeldung des Berl. Tagebl. die Stadtväter derart uneinig, daß die Sonnabend-Abend-sitzung in einen allgemeinen Faustkampf ausartete. 35 Polizisten waren notwendig, um den Kampf einzustellen. Der Vorliegende Dougherty wurde mit einem Polizeihäufel blutig geschlagen.

Montreal. Großfeuer. Der Geschäftsteil von Toronto (Kanada) ist Dienstag durch Feuer fast zerstört worden. Viele Städte, auch Buffalo, sandten Hilfszüge. Das Feuer scheint jetzt gebändigt zu sein. Die Verluste werden auf 10 Millionen Dollars geschätzt, was aber nach der „Frankf. Ztg.“ übertrieben sein dürfte. Menschenleben sind nicht verloren gegangen.

Lübecker Marktpreise vom 20. April.

Sauern-Butter Pfd. 1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,20 Mk., Gajen Stk. — Mk., Enten Stk. 3,50 Mk., Hühner Stk. 2.— Mk., Kisten Stk. — Mk., Lauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Fildgans — Mk., Schweinskop. Pfd. 0,40 Mk., Schinken Pfd. 0,85 Mk., Wurk Pfd. 1,15 Mk., Eier 12 Stk. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Karpyren Pfd. 0,90 Mk., Karasunen Pfd. 80 Pf., Seichte Pfd. 60 Pf., Barische Pfd. 60 Pf., Mai Pfd. 0,90 Mk.

Lübecker Getreidepreise vom 20. April.

Weizen 122/30 Pfd. holl., Mt. 15,50—16,50, Roggen 118/126 Pfd. holl. Mt. 12,50—13,50, Gerste Mt. 13,50—14,50, Futtergerste Mt. 12,50—13,00, Erbsen, Koch, Mt. 18,00 bis 23,00, Futtererbsen Mt. 15,00—15,50, Hafer Mt. 12,50—14,50, Alles per 100 kg Netto.

Durch Zufall sofort eine Wohnung für kleine Familie zu vermieten

H. Kiehn 5

Barbiergegeschäft

sofort zu verkaufen oder zu verpachten. D. u. Z. D. an die Exped. d. Bl.

Gesucht sofort ein junger Buecht. J. Kloth, Bädermeister, Stodelsdorf.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Special-Geschäft von **Otto Albers** 10. sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. H. A.:
 Leberhosen . . . 1,30—5,45
 Hemdenhosen . . . 2,60—6,75
 Schlopphosen . . . 1,88—5,25
 Leberhosen . . . 0,88—2,25
 Juchenhosen . . . 1,38—3,25
 Kleine Jacken, Schürze und Garbe, 1,23
 Regen-, Handen-, Schlopphosen, Juchenhosen, Kleider-Wäsche ebenfalls billig
 Wägen von 50 Pf. bis 1,88 Mk.

Gute Bezugsquelle

bester Sorten **Salzheringe** ff. **Anchovis u. s. w.**

ist die Firma **H. L. Wiegels** vorm. J. C. Busse, **Fischergroße 61.** Eingetrag., gegründet 1825



Eimerbier

Montags und Donnerstags nachmittags von 5 bis 9 Uhr
Schulstraße 8 und Heinrichstraße.
L. Hochbaum.

Morgen, Freitag, abend:

Gröffnung meiner neuen Läden.

H. Stoppelman, Schirmfabrik und Hut-Basar.

jetzt: **Königstraße 73, Ecke und Eingang Hühnerstraße.**

Folgende Bäckereien sind als geregelt zu betrachten, da in ihnen die Forderungen der Streikenden erfüllt werden:

- Lübecker Genossensch.-Bäckerei, Töpferweg 65.**
- Wilhelm Stiehl, Holstenstraße 25.**
- L. Nolte, Meierstraße 39.**
- A. Brede, Moislinger Allee 116.**
- K. Evers, Schumacherstraße 1.**
- Fahrenkruger Brotfabrik, Severin, Fahrenkrug.**
- Dampfbrotfabrik Fahrenkrug, Behrens, Fahrenkrug.**
- Simonsbrotfabrik, Schetelig, Fackenburg Allee 67.**
- Albert Lehmann, Ludwigstraße 41. ***
- J. Bargholz, Friedenstraße 86.**
- Karl Siemers, Struckmühle, Karistraße 67.**
- H. Kloth, Stodelsdorf.**
- Paaseh, Fackenburg.**
- Ratge, Moislinger Mühle.**
- Böttcher, Kleinmühlen.**
- Fr. Rauch & Comp., Schwartauer Allee 16a.**
- Theodor Vogt, Schwartauer Chaussee 27. ***

Die mit einem * versehenen Bäckereien beschäftigen keine Gesellen, haben aber die Forderungen bewilligt und erklärt, diese zu erfüllen, sobald sie in die Lage kommen, Gesellen zu beschäftigen.

Die Lohnkommission der Bäckergehilfen von Lübeck.

Speisebutter (besond. schön) Pfd. M. 1.05
 bei Abnahme von 5 Pfd. nur 2 Pf. 1.00
 empfiehl
Ferstr. 473. Th. Storm, Königstraße 98.

Zimmer zu vermieten Schloßstraße 3, II.

Gartenmöbel, Gießkannen, Rosenstäbe, Gartengeräte
 empfiehl
Carl Buchholtz
 Fackenburg Allee 16b.

Recht hiermit meiner geehrten Landschaft bekannt, daß ich jetzt
Genossenschafts-Brod verkaufe.
W. Landt, Elswigstraße 21a.

Arbeiter-Bildungsschule
Lübeck.
 Den Mitglidern zur Nachricht, daß die letzte Stunde im Deutsch-Unterricht am Freitag den 29. d. M. stattfindet. Der morgige Unterricht muß ausfallen.
Der Vorstand.

Zur Saat:
Prima Rosenkartoffel
 früheste ertragreichste Sorte
200 Pfd. Mk. 6.—
Spethmann & Fischer
Beckergr. 59.

Kaninchenzüchterverein
 für Lübeck und Umgegend.
 Vorläufige Anzeige.
 An den beiden Pfingstfeiertagen (22. und 23. Mai) dieses Jahres findet eine **gros. Kaninchen-Ausstellung** verbunden mit Tombola in **Kiel's Stabliement, Israelsdorfer Allee, statt.**
 Lose à 20 Pf. sind zu haben in Kiel's Stabliement, im Zigarrengeschäft des Herrn Wittfoot, Hühnerstraße, bei Herrn Seidenrath, Belgerstr. 30a, und bei Herrn Walter, Dornestrasse 18b.
 Die Gewinne bestehen aus Kaninchen aller Rassen.
Der Vorstand.

Panorama
 Breiterstraße 53, I. Stage.
 Diese Woche ausgestellt:
New-York.
 Jeden Tag von 10—10 Uhr geöffnet

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Berliner Steinbildhauer wollen in der nächsten Zeit den siebenstündigen Arbeitstag anstreben, der bereits in verschiedenen anderen Großstädten zugestanden ist. Zu diesem Zwecke sollen auf allen Steinmehlplätzen und Werkstätten Besprechungen über diese Frage vorgenommen werden. — In Thale a. H. streiken seit Montag 100 Maurer; sie fordern 40 Pfg. Stundenlohn, für Jung- und Altgesellen 35 Pfg. — Die Maler, Sackierer und Anstreicher in Chemnitz stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern einen Minimallohn für Maler von 43 und für Anstreicher von 36 Pfennigen. Von einem Streik wurde mit Rücksicht auf den eben in Leipzig ausgebrochenen Streik Abstand genommen. — Die Polsterer und Dekorateur in Dortmund sind bei der Erlangung der neunstündigen Arbeitszeit und einiger anderer Vergünstigungen in eine Lohnbewegung eingetreten. — Die Zahl der streikenden Maler und Weisbinder in Frankfurt a. M. beträgt 910. Die Gesamtzahl der in Frankfurt beschäftigten Gehilfen beträgt 1600. Von diesen arbeitet bereits ein Drittel zu den neuen Bedingungen. Die Mehrzahl der dem Meisterverein nicht zugehörenden Firmen hat die Forderungen bewilligt. — Ein Ausstand der Zeitungsetzer ist am 18. April in Lissabon ausgebrochen. Es erscheinen keine Zeitungen.

Geringefallen ist der bekannte Unternehmeranwalt Tiede in Krimmitschau bei seinem Versuche, den Brauereibesitzer Mummert auf zivilrechtlichem Wege vor dem Boykott der Arbeiter zu retten, denen das Bier dieses Herrn nicht mehr schmeckt, nachdem er organisierte Arbeiter gemahnt hat. Der schneidige Rechtsanwalt hatte befanntlich eine Verfügung des Amtsgerichts erreicht, wonach einigen Arbeitern bei Strafe verboten werden sollte, gegen das Mummertsche Bier Stimmung zu machen. Die Angelegenheit ist jetzt dem Landgericht Zwickau unterbreitet worden. Die Angelegenheit ist jetzt dem Landgericht Zwickau unterbreitet worden. Dieses hat folgendes Urteil gefällt: „Die Verfügung ist aufgehoben, die Kosten des Verfahrens wurden der klägerischen Partei (Mummert) auferlegt.“ Es wäre übrigens auch nicht anders gekommen, wenn Herr Tiede mitsamt Herrn Mummert ein obliegenendes Urteil erreicht und das Gewerkschaftsamt unterlegen wäre, denn die Arbeiter würden doch dasjenige Bier getrunken haben, das ihnen am besten schmeckt.

Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands! In allen größeren Städten Deutschlands ringen die Bäcker- und Metzgergenossen zur Zeit einen schweren Kampf. Sie verlangen nichts weiter, als die Möglichkeit, eine Familie notdürftig ernähren zu können. Die Arbeiterschaft unterstützt diesen Kampf in der denkbar idealsten Weise. Jetzt ist nun hier in Berlin seitens der Bäcker-Innungen ein Streikbrecher-Bericht-Bureau mit einem Kostenaufwande von jährlich 12-15 000 Mark ins Leben gerufen worden, durch welches das Werden der Streikbrecher besser organisiert und zentralisiert werden soll. Da sich nun die anständigen und ehrlichen Gesellen nicht mehr zu Streikbrecherdiensten hergeben, sollen jetzt die Bäckermeister-söhne als „Arbeitswillige“ verwendet werden. Hier in Berlin scheint nun durch die schroffe, hochmütig ablehnende Antwort der Innungen auf die äußerst höfliche Eingabe der Forderungen der Gesellschaft der Streik unermesslich zu werden. Hier soll die Kraftprobe der Niederknüppelung der Arbeiter ausgekämpft werden. An alle Bäckermeister in den übrigen Städten Deutschlands sind in den letzten Tagen Aufforderungen ergangen, ihre Söhne als Streikbrecher für Berlin bereit zu halten. Arbeiter und Arbeiterfrauen allerorts! Habt deshalb ein wachsames Auge auf die Bäckermeistersöhne, damit Ihr nicht Leute mit Curer Kundschaft

unterstützt, deren Söhne uns als Streikbrecher in den Rücken fallen. Nirgends sind die Verhältnisse der Arbeiter so schlecht, als im Bäcker- und Metzgergewerbe. Keine Familie, kein eigenes Heim ist dem Bäcker- und Metzgergenossen vergönnt. Regelmäßige Sonntags- und Nachtarbeit ist sein Los. Dabei eine Entlohnung, die oft genug andere Arbeiter als Trinkgelb noch zurückweisen würden. Gar nicht zu reden von der menschenunwürdigen Behandlung, der schlechten Kost, den miserablen Logisverhältnissen. Jeder anständige Mensch wird anerkennen, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bäcker- und Metzgergenossen im Interesse der Kultur und der Gerechtigkeit notwendig ist. Nur die Mehrzahl der Bäckermeister will das nicht einsehen. Arbeiter Deutschlands! Beweist von neuem eure oft erprobte Solidarität. Macht bei allen Bäckerstreiks, namentlich aber bei dem bevorstehenden Berliner Streik, scharf auf die Bäckermeister-söhne, und laßt etwaige dießbezügliche Mitteilungen an den Unterzeichneten gelangen. Mit Brudergruß Der Vorstand des deutschen Bäckerverbandes (Mitgliedschaft Berlin). J. A.: Carl Heßkolb, Berlin, Rheinsbergerstr. 17.

134 897 Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin sind nach dem neuesten Reichenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission organisiert. Die Gesamtzahl der im Gewerbe tätigen Personen beträgt 500 000, so daß ungefähr ein Drittel den gewerkschaftlichen Organisationen angegeschlossen ist. An erster Stelle stehen die Berliner Metallarbeiter mit 35 741, weiterhin kommen die Holzarbeiter und Maurer, die über 10 000 Mitglieder besitzen.

Die Polizei herrscht unumschränkt. Den Streikposten der Metallarbeiter in Magdeburg-Sudenburg wird von der Polizeibehörde das nachstehende Formular zur Unterschrift vorgelegt: „Der als Streikposten aufgestellte Schlosser N. N. wird hierdurch auf den § 6 des Gesetzes vom 12. Februar 1850 aufmerksam gemacht. Die Schutzmannschaften sind angewiesen, den Betreffenden in Haft zu nehmen, sobald er abermals Personen belästigt, weil dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet ist. Der Unterzeichnete erklärt, dies wohl verstanden zu haben.“ — Der hier angezogene § 6 des Gesetzes vom 12. Februar 1850 gibt räumlich Behörden, Beamten und Wachmannschaften die Befugnis, Personen in polizeiliche Verwahrung zu nehmen, „wenn der eigene Schutz dieser Personen, oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe diese Maßregel dringend erfordern.“ Wir haben es hier also mit der bekannten Methode zu tun, das reichsgesetzlich erlaubte Streikposten durch Bezugnahme auf ein preussisches Gesetz zu verhindern. Die Gerichte werden wahrlich, wenn Polizeistrafen verhängt werden, freisprechen müssen, weil durch das Streikpostenstehen an sich keineswegs die „öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit und Ruhe“ gefährdet wird. Aber was tut das? Vorläufig erschwert man den Streikenden wenigstens die Ausübung ihres Rechts.

Christliche Politik. Der Zentrumsabgeordnete Brust ist Vorsitzender des Verbandes christlicher Bergarbeiter und des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften Deutschlands. Er hielt kürzlich im Preussischen Landtag eine Rede, in der er die Beseitigung sozialdemokratischer Arbeiter aus den Staatsbetrieben billigte und ausdrücklich hervorhob, daß für Land- und Eisenbahnarbeiter kein uneingeschränktes Koalitionsrecht gefordert werden könne. Diese Ausführungen sind gegenwärtig der Gegenstand erregter Besprechungen in den Versammlungen und Blättern der Berg- und Staatsarbeiter. Nun hat aber Brust auf dem Frankfurter Kongress im Oktober 1903 die Forderung auf ein „uneingeschränktes Organisationsrecht aller Arbeiter des Staates und der Gemeinden“ mitgeschlossen und nachher in seinem Blatte die sog. Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine mit gewerkschaftlichen Fachabteilungen, die eine Einschränkung forderten, geradezu verhöhnt. Schließlich wird aber jetzt noch be-

kannt, daß Brust in einer Konferenz zur Vorbereitung des Frankfurter Arbeiterkongresses erklärt habe, daß er für das Koalitionsrecht der Land- und Eisenbahnarbeiter nicht zu haben sei: Also: in der vorbereitenden Versammlung dagegen, auf dem Arbeiterkongress dafür, im Preussischen Landtag dagegen! Wie wird sich wohl Brust das nächste Mal verhalten?

Eine öffentliche Brandmarke der Armenempfänger! Eine unfreie Wissenschaft in ganz Deutschland bisher unbekannt Methode mit der Wirkung, die Armen der Armen vom Bezug eines Almosen abzuhalten, wendet der Magistrat in Calbe a. S. an: „Er veröffentlicht Licht nach der „Magd. Volkszt.“ an der Spitze der Nr. 90 der „Stadt- und Landztg.“ die vollen Namen sämtlicher Armenempfänger und hinter jedem Namen den Betrag (1 Mk. bis 3 Mk.), den der Betreffende aus der Armenkasse erhält! Unter den auf diese Weise der Öffentlichkeit preisgegebenen etwa 150 Armen befinden sich allein 116 arme Witwen und 20 Kinder, Waisen und Halbwaisen! Wozu das? Der Gedanke, der in mehreren an unser Magdeburger Parteiorgan gerichteten Briefen von Einwohnern zum Ausdruck kommt, daß diese auffallende Maßnahme getroffen sein könnte, die — übrigen, ebenso zu urteilen. Einstweilen wollen wir daher abwarten, wie der Magistrat die äußerst beschränkte Maßregel zu rechtfertigen vermag. Daß öffentliche Aufklärung in diesem Falle ganz besonders schnell am Platze ist, wird der Magistrat hoffentlich selbst einsehen.

Die diesjährige Landesversammlung in Chemnitz hat beschlossen, daß das Zentralkomitee für Sachsen auch für das laufende Jahr seinen Sitz in Dresden haben soll. Die Dresdner Parteigenossen haben demzufolge in einer am 14. April abgehaltenen Parteiversammlung die Genossen Karl Sindermann, Ernst Braune und Ernst Schulze in Coblenz bei Dresden als sozialdemokratisches Zentralkomitee für Sachsen wiedergewählt. Zuschriften und sonstige Sendungen sind zu richten nur an Karl Sindermann, Dresden-A., Zwingstr. 22.

Der Maiauszug in Erfurt ist verboten worden, weil er eine Demonstration gegen die bestehenden Rechtsverhältnisse sei. Das soll er allerdings sein; es ist aber jedermann gestattet, gegen die bestehenden Rechtsverhältnisse zu demonstrieren.

Für die Erlangung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts zum Landesparlament haben unsere Parteigenossen in Elb-Lothringen eine lebhaft agitatorische Bewegung durch Versammlungen und Flugblätter begonnen.

Ein sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis Thorn wurde Sonntag in einer Versammlung in Wehr bei Thorn gegründet. 50 Parteigenossen traten dem Verein sofort als Mitglieder bei. Da in Thorn die gewerkschaftliche Bewegung in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht hat, so dürfte die politische auch bald emporblühen. Ein tüchtiger Stamm von Genossen ist vorhanden.

Die Vorgänge auf dem Dresdener Parteitag bzw. die demselben zugrunde liegenden Tatsachen werden nun doch noch ein Schiedsgericht beschäftigen. Zum jüngsten „Fall Göhre“ veröffentlicht Göhre selbst eine Erklärung in der „Sächs. Arbeiterzeitung“, welche die Antwort auf eine vom Genossen Fleißner gebrachte Darstellung der Vorgänge bei der Kandidatenfrage im 20. sächsischen Wahlkreis ist. In seiner Erklärung teilt zum Göhre mit, Genosse Pfannschube habe in der bekannten gemeinschaftlichen Sitzung eine Kandidatur Göhre auch aus dem Grunde für unmöglich erklärt, weil gegen Göhre ein schiedsgerichtliches Verfahren schwebte. Er, Göhre, habe bei dieser Gelegenheit von dem schiedsgerichtlichen Verfahren zum erstenmale gehört. Nachträglich habe sich herausgestellt, daß erst am Tage vorher, am 22. Februar, beim Parteivorstand vom Ge-

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

109 Fortsetzung.

Alle Bitten Karls halfen ihm nichts, und er wollte schon gerade umkehren, um den alten Notar Büster aufzusuchen und durch dessen Vermittlung vielleicht die Erlaubnis zu erhalten, als der Affessor mit seinem Begleiter unverrichteter Sache von oben herunter kam und aufs Geratewohl wollte.

Der Affessor kannte natürlich den aus dem Zuchthaus entlassenen und nach Rhodenburg zurückgekehrten Karl Handorf. Die Polizei mußte solche Leute kennen, um sie, wenn sie auch nicht mehr ausgesprochen und offiziell unter polizeilicher Aufsicht standen, doch immer im polizeilichen Auge zu behalten. Außerdem kannte er von Büster selber den ganz bestimmten Verdacht, den der Verurteilte gegen den jetzt Gefangenen geäußert und ausgesprochen hatte, und die Möglichkeit lag ja doch immer vor, daß er Wahrheit sprach, wenn es ihm auch nicht in den Kopf wollte, daß irgend ein deutsches Gericht einen Unschuldigen zu Zuchthausstrafe verurteilen könne. War denn aber nicht ein Fall denkbar, daß beide zusammen in dieser Sache gewirkt haben konnten, während jetzt vielleicht der Anblick seines früheren Gefangenen, der gegen ihn ausgesagt, den Verbrecher zeigen konnte, selber zu gehen?

Alle diese Gedanken zuckten ihm blitzschnell durch den Kopf, und sich gegen den jungen bleichen Mann wendend, sagte er:

„Wohin wollen Sie?“

„Ich wollte hinauf und den Verwundeten sprechen“, sagte Karl mit bebender Stimme; „er ist der Einzige in der Welt, der mir meinen ehrlichen Namen zurückgeben kann.“

Der Affessor sah ihn still und forschend an — dann sagte er: „Kommen Sie!“ — drehte sich um und schritt

wieder die Treppe hinauf, dem Zimmer des Verwundeten zu. Aus diesem trat eben der Arzt.

„Ich glaube“, sagte dieser, „es wäre besser, Sie ließen ihn jetzt lieber ungeföhrt, er hat eben wieder einen seiner Krampfanfälle gehabt, und wenn sich diese wiederholen, kann er es nicht lange mehr machen. Zu heilen ist er innerlich.“

Der Affessor war nicht der Mann, sich durch Rücksichten abhalten zu lassen.

„Sind er jetzt bei Besinnung?“

„Vollkommen.“

„Gut. Dann werde ich ihm nur noch eine Frage vorlegen; es wäre mir angenehm, Herr Doktor, wenn Sie uns begleiten wollten.“

„Ja“, sagte der Arzt, „ich muß sogar darauf bestehen, daß ich zugegen bleibe, denn ich möchte den Kranken nicht unvorsichtiger Weise aufgeregt haben und erkläre hiermit auf das Bestimmteste, daß ich Ihnen nicht mehr als zehn Minuten gestatte. Für alles Weitere übernehmen Sie selber die Verantwortung.“

Der Affessor, der sich ärgerte, daß ihm ein gewöhnlicher Arzt hier Vorschriften machen wollte, nickte nur einfach mit dem Kopfe, und betrat dann, von Karl Handorf dicht gefolgt, das Gemach.

Der Kranke lag auf dem Rücken. Er hatte seine Augen geschlossen, mit einem schmerzlichen Ausdruck in den Zügen. Als er das Geräusch der geöffneten Tür vernahm, hob er auf, und ein spöttisches Lächeln glitt über sein bleiches Antlitz, als er den Affessor wieder erkannte — aber weit öffneten sich seine Augen, als Handorf hinter ihm eintrat, und hier sahen sich seine Brauen zusammen.

„Was will der da?“ zischte er durch die zusammengehängenen Jähne hindurch. „Wollten Sie Alle kommen, der Raum hier reicht nicht hin, sie zu fassen! Fort, ich will keinen Menschen mehr sehen, es ist vorbei!“

„Und kennen Sie den Mann da?“ fragte der Affessor

und hielt die kleinen, halb zusammengekniffenen Augen fest auf den Kranken gerichtet.

„Das fade, alltägliche Gesicht sollte ich nach sieben oder acht Jahren wieder erkennen?“ lachte Kranken bitter. Das wäre viel verlangt; aber den Stoch kenn' ich, damit ersahug ich den Juden — ich — und das nicht allein: ich ersahug auch acht Tage später in dem nämlichen Walde den Müller, der mit einem vollen Geldsack nach Hause zurückkehrte — und sind Deine Kollegen, Du Altenratte, je auf die richtige Spur gekommen? Und bin ich nicht Wochen lang nachher noch unter ihrer eigenen Nase herumgegangen? Aber das nicht allein — in Amerika liegen im Walde verscharrt drei Leichen — oh, Teufel!“ zuckte er zusammen — „oh, St. Geist! Es brennt mir im Innern! Fort mit Euch, fort! Was will die bleiche Gestalt da drüben mit dem langen, weißen Kleide? Hüte, sie kommt wieder näher und schiebt ihre kalte Hand in meine Wunde — Hüte!“

Er fiel erschöpft auf sein Lager zurück.

„Meine Herren“, sagte der Arzt, „ich muß Sie jetzt dringend bitten, das Zimmer zu verlassen.“

„Aber Sie haben gehört, was er sagte?“ rief Karl. „Oh Du mein Gott im Himmel! Oh Du mein Gott im Himmel!“

„Ich habe es gehört“, sagte der Arzt freundlich, „und die beiden Herren hier ebenfalls. Aber jetzt gehen Sie; Sie können auch für den Augenblick nicht mehr erreichen. Sollte er sich heut Abend oder morgen früh wieder wohler befinden, werde ich es Sie selber wissen lassen, Herr Affessor.“

Der Affessor nickte. — Der Verwundete lag allerdings mit geschlossenen Augen da, und es war vor der Hand nichts weiter anzufangen. Die letzte Aussage oder vielmehr Selbstanklage desselben mußte aber jedenfalls und noch frisch im Gedächtnis gleich zu Protokoll genommen werden, und Karl Handorf wurde in einem Seitenzimmer ebenfalls dazu gezwungen, um noch weitere Anknüpfung und Fortsetzung

noffm Freiwaldt-Pantow ein schiedsgerichtliches Bescheid, und zwar gegen Göhre, Heine, Braun, Bernhardt, wegen der Vorgänge auf und nach dem Dresdener Parteitag beantragt worden war. Am 7. März habe er vom Parteivorstand die Mitteilung erhalten, daß dieser auch beschloffen habe, das Verfahren einzuleiten.

Der Kampf gegen die Stellenvermittlungsbüros in Frankreich tritt von neuem in Erscheinung, da die den Friseurn und den in der Lebensmittelbranche Angehörigen gemachten Versprechungen nicht gehalten werden. Die Lebensmittelbranche von Paris broht sogar mit einem Generallstreik, wenn bis zum 30. April die Vermittlungsbüros nicht geschlossen sind.

Gemeindevwahl. In Gundisburg (Prov. Sachsen) wurde der erste Genosse, Gastwirt Langerbeck, in den Gemeinderat gewählt.

Zu einem Friedhof-Scandal kam es in Elberfeld bei dem Begräbnis unseres Genossen Paul Gräfer. Der über das imposante Begräbnis sehr aufgeregte Friedhofswächter verbot dem Genossen Brill, der die Elberfelder Parteiflagge — ein Vermächtnis des alten Kasseler Arbeitervereins — trug, in barschem Tone die Entrollung der Fahne; als dann die Kranztäger mit kurzer Widmung die Kränze in das Grab sinken ließen, riß er einem nach dem anderen den Kranz aus der Hand. Einige Genossen sprachen beim Niederlegen der Kränze die üblichen Widmungsworte, zum Beispiel „Lebe wohl“ oder „Ruhe sanft“. Dies brachte den Kirchhofwächter so in Rage, daß er den Holzstaken ergriff und die gesamte Erde in das Grab schürzte. Nun konnte die Aufregung keine Grenzen mehr, alles schürzte auf den Probokator los, im nächsten Augenblick lag er am Boden, er raffte sich jedoch bald wieder auf und sprang zur Seite, mußte aber flüchten, da ihn die Menge zu verfolgen drohte. Und das, obwohl der am meisten angerempelte Genosse seinerzeit von der Anklage, trotz Verbots am Grabe eines Genossen eine Rede gehalten zu haben, vom Kammergericht in Berlin freigesprochen worden war, weil in den Widmungsworten beim Niederlegen eines Kranzes keine Rede zu erblicken sei! Selbstverständlich ist gegen den Störer des Begräbnisses Anzeige erstattet worden.

Die Mai-Nummer des „Wahren Jacob“ ist soeben, 14 Seiten stark, erschienen. Das farbige Vorderbild „Hoch der Erste Mai“, in den farbigen Farben des Frühlings gehalten, gezeichnet von H. G. Feuchel, zeigt uns die buntpfeiferten Säger des Waldes zu einem frohlichen Gesangsang auf den Befreier Lenz vereinigt. Ein farbiges Doppelbild, „Der Weg ist gesperrt!“, hat der römische Künstler Kata Langza zu der Festnummer beigetragen; aus leuchtendem rotem Hintergrund schreitet die imponierende Gestalt der Freiheit daher, der die als Pyramiden (Zwerg) dargestellten internationalen Mächte vergebens ein Saal über den Weg halten. Außerdem enthält die Nummer das farbige Bild „Anknüpfungserlebnis“ und die Illustrationen „Der Pfarrer und der liebe Gott“, „Das Kaiserfest der Sachem, Spahn, Gröber und Genossen“, „Früh morgens, wenn die Föhne weht“, „Erdbeben“, „Ein orientalisches Märchen“, „Nationalliberaler Bewilligungs-France“, „Was sich liebt, das neigt sich“ und „Der politische Lehmann“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Bedräng“, „Kaisertag“, „Das Polenschlöß“, „O Glück!“, „Die Schmetterling“, „Sonnenabend“ von Clara Müller und außer zahlreichen kleineren Beiträgen auch die größeren feuilletonistischen „Völkerräth“ (Eine wahre Geschichte), „Fabela von Heine“ von J. C. und „Anknüpfungserlebnis“ (Aus den Aufzeichnungen eines Jermänigen). Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig.

Aus Nah und Fern.

Ungehenerliche Soldatenmißhandlungen deutet ein Soldatenbrief auf, den die „Berl. Zig.“ aus Berlin selbst erhält. Soldaten sollen durch Unteroffiziere zu Selbstverwundungen gedrängt worden, einer soll an den Folgen der Mißhandlungen gestorben sein. Auch Entressungen durch die Soldatenführer sind die Sache nach diesem Bericht anzusehen. Der Name des Regiments und der Kompanie wird von der „Berl. Zig.“ verschwiegen. Nachher! Sonst würde ja die furchtbare „Gerechtigkeit“ gegen den Verursacher dieses Mordes einzuwirken.

Zusammengebrogene Janungegründung. Der „Lap. Volksz.“ wird aus Kopenhagen i. B. gemeldet: Die hiesige Janungsgründung der Meiner und Zimmerer ist zusammengebrochen. Der Vorherr Stang ist seit Mittwoch verhaftet worden. Durch beschuldigte Revolution wurde festgestellt, daß in der Kasse der Janualidender...

Drückgabe jener Gegenstände in Schließern zu helfen, damit sich das Gericht beschleunigt, auch des neuen Gefängnisses wegen, werden konnte.

An dem Tage gab es vielleicht keinen mehr beschäftigten Arbeiter in ganz Norddeutschland, als Hans es war, und zwar hatte die junge Amerikanerin dazu einen nicht geringen Anteil, denn er gab sich die größte Mühe, ihr alles durch Reden, Berathen und Besuchen zu erklären, wie es zugefallen. Daß sie außerdem die reichhaltigen Eigenschaften des prachtvollen Schmuckes sei, der Hans' Finger Draht gezeichnet, hatte sich ebenfalls bald als ungenügend heraus, und Hans' Mühe war nur zu sehen, ihn parat zu haben zu lassen. Daß sie doch jede Erinnerung an den Glanz wie ein Stich ins Herz!

Hans hatte aber auch nebenbei eine Menge von Entwürfen zu machen, tat das aber ganz allein und mit einem außerordentlichen Geschick, und ließ auch die Sachen nicht etwa in seiner eigenen Wohnung schaffen, sondern in einem Laden, um welchen hinter einem Spektator zu übergeben.

Als er wieder durch den Strand kam, fanden unter in dem Hause, in welchem Herr von Schaller wohnte, eine Anzahl von Leuten und Menschen sehr heftig mit einander. Hans ging zu der Tür, aber nur für einen Moment, denn er konnte und durfte die Bewegung eines Mannes nicht wieder betreten, von dem es jetzt erwiesen war, daß er bei Hans' Rettung möglich die Hand gegeben. Und welchen anderen Hand konnte er haben verweigert haben, als nur sein eigenes Leben, also nur sein Leben, das er von einem Fremden, welcher ihm nur Fremdes anbot! Daß...

sicherung 5917 Mark fehlten. Ein Arzt, Dr. Rundlauf, soll seit fast drei Jahren kein Honorar erhalten haben!

Wenn Lokomotivführer und Heizer verfeindet sind. Das „Roburger Tageblatt“ meldet aus Gladungen: Auf der Solalbahn Gladungen — Mellrichstadt gab am Sonnabend abend kurz vor der Station Heufurth in dem um 10 Uhr 5 Minuten aus Gladungen abgegangenen Zuge der Lokomotivführer Grimm auf den Heizer Größsch — beide leben seit längerer Zeit in Feindschaft — mehrere Schüsse ab und sprang dann aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge. Der Heizer, der durch 3 Schüsse am rechten Arm verwundet ist, führte den Zug bis zur Endstation Mellrichstadt weiter und begab sich sodann in ärztliche Behandlung. Der Lokomotivführer Grimm wurde später schwer verwundet im Walde aufgefunden. Die Verletzungen hatte er sich in selbstmörderischer Absicht beigebracht.

Frankfurt a. M. Familiendrama. Ein Hausierer namens Bender tötete, anscheinend in einem Anfall von Geistesstörung, zwei seiner Kinder und brachte dem dritten Kinde und seiner Frau schwere Verletzungen bei.

Militärjustiz und Gerechtigkeit. Zwei sehr charakteristische Urteile fällt das Kriegsgericht der zweiten Division in Augsburg. 1. Der Unteroffizier Georg Weber der 11. Kompagnie des 15. bayerischen Infanterie-Regiments in Neuburg hat in 15 Fällen, die ihm nachgewiesen werden konnten, Soldaten schwer beleidigt und bedroht, in mehreren Fällen einem Soldaten den Gewehrkolben auf die Brust gefloßen und einmal einem Untergebenen eine Ohrfeige gegeben, daß diesem der Helm davonflog. Ferner suchte er die Soldaten zu bestimmen, die Werdung zu unterlassen. Urteil: Wegen mehrerer militärischer Vergehen und Verschreien des Mißbrauchs der Dienstgewalt, Mißhandlung Untergebener usw. u. s. w. 14 Tage mittleren Arrest. 2. Am 29. Januar war im Kaiserhof des gleichen Regiments Exerzierübung. Der Leutnant brüllte von der Seite einen Soldaten wegen eines Fehlgriffs an, hatte aber den Unrechten beim Namen genannt. Darauf trat der zu Unrecht Gerichte vor und sagte: „Entschuldigen Sie, Herr Leutnant, das war nicht ich, sondern der N. N. Urteil: Wegen Achtungsverletzung (!) 28 Tage strengen Arrest. — Der Soldatenführer zwei Wochen mittleren Arrest, der in seinem Ehrgefühl gekränkte Soldat vier Wochen strengen Arrest, weil er den Leutnant auf einen Treium aufmerksam machte!

St. Gallen. Ein Sturm einer Schießhalle. Montag vormittag schürzte bei heftigem Stöhnsturm auf dem Festplatz des eidgenössischen Schützenfestes der südliche Teil der Schießhalle ein. Zwei Arbeiter wurden sehr schwer verletzt.

Auf dem Scheiterhaufen. Aus Budapest wird dem „Wiener Extrablatt“ berichtet: Die Berliner Bankierfrau Klara Hays, die vor kurzem hier durch Selbstmord endete, hatte in einem hinterlassenen Briefe den Wunsch geäußert, daß alle ihre Habseligkeiten auf einem „Scheiterhaufen“ verbrannt werden mögen. In Ausführung dieses Wunsches hat hier die Polizei in Anwesenheit eines Polizeibeamten auf einem geeigneten Plage nächst der Schiffsverft „Danubius“ die Fahrnisse der Verstorbenen verbrannt. Es wurden von den Flammen überantwortet: 11 mit Eisen gefüllte Koffer, einige Pakete Wäsche, zehn Schachteln mit Hüten, drei Dutzend Schläger und Hunderte von Liebesbriefen. Das Autohase hatte ein äußerst zahlreiches Publikum von Neugierigen angelockt, das dem angemessigen Schauspiel mit lebhaftem Interesse zusah.

Aus der Stundachronik „allerhöchster“ Berjonen schreibt man der „Münchener Post“ über Petersburg erbauliche Dinge. Sie handeln in dem großen und mächtigen Reiche eines sehr wackeren alten Fürsten, der schon fast zwei Jahrzehnte (zu 30 Jahren gerechnet) regiert. Dem wackeren Monarchen wird kein Verrger in seinem Privatleben, im Kreise seiner sehr zahlreichen Verwandtschaft erspart. Bald erschießt sich ein Mitglied, bald wird es erschossen, bald geht eine Prinzessin durch, bald läuft ein Prinz mit einer unvorstellbaren Dame davon und ehelicht sie! Kurz und gut, in einem bedenklichen Drama und keine Leidenschaft, mag sie noch so verwirrt sein, bleibt unberührt unter den höchsten Herren und Damen; Stundageheichte folgt auf Stundageheichte. Der hohe Herr besitzt einen jüngeren, recht nahe Verwandten, dem die Pflicht oblag, da der Herrscher und der Thronerbe keine Söhne besitzen, für die Zukunft der Monarchie zu sorgen. Diese Pflicht hat er redlich erfüllt und somit sein Lagerwerk eigentlich vollendet, denn sonst läßt sich nicht viel des Guten von ihm berichten. In der Hauptstadt existiert in einem vornehmen Hotel ein Restaurant mit

sehr eleganten Chambres separées. Unser Prinz, ein naher Verwandter des Kaiserhauses, bevorzugte dieses Restaurant und nahm mitunter holde Weiblichkeit in die besetzten separierten Zimmer mit, was man bei einem Prinzen dulden mußte, — sonst verkehrt nur sehr anständiges, sehr solides Publikum hier. Eines Abends, der Dienst muß recht anstrengend gewesen sein, daher war eine doppelte Erholung notwendig, erschien der große fürstliche Stratege in dem Hotel in Begleitung zweier Damen, über deren Lebensberuf kein Zweifel herrschen konnte. Er souperierte mit ihnen in seinem gemüthlichen Lieblingszimmer, allwo eine behagliche Wärme herrschte. Das Souper war gut gewesen, die Weine schwer, Kaffee und liqueur erhitzen die Gemüter, dazu war es, wie gesagt, recht behaglich warm in dem Gemach. Dem Prinzen ward wohl und wohler zu Mut, aber die Uniform beengte seinen Freiheits- und Latendrang, gerade wie die Damen die Toiletten führten. Endlich rief die Hoheit: „Kinder, spielen wir mal Paradies, Menschen, Menschen, sama alle. Ihr wißt, wie ein Mannsbild aussieht und die Madeln, die kenne ich schon nader. Machen wirs unkommod.“ Und dem Worte folgte die Tat, die Wittla flog zu Boden, die Stiefeln, die Weinkleider folgten und bald standen sich die Partelen gegenüber, wie Urwater Adam der rippenentproffenen Eva vor dem Sündenfall gegenüberstand. Nun ward es erst recht „gemüthlich“ und fesch! Aber plößlich sprang der hohe Herr auf. „Kinder, einen Augenblick habts Gebuld!“ „Aber so konst doch nicht gehn!“ „Du ich auch nicht, ich zieh mich halt an“, und der Prinz ergriff die Müze, stülpte sie aufs Haupt, den Säbel grütelte er um die nackten Lenden und so raffelte er unter dem Freudengeschrei der schönen Sünderinnen von dannen. In dem gleichen Restaurant speiste am gleichen Abend ein Mitglied der hohen Aristokratie, nennen wir ihn Marquis R... mit seiner Gattin. Man war in der Oper gewesen und wollte noch schnell nachmahlen; bald war das geschessen und das vornehme Ehepaar gähnte sich noch müde an, es war recht drückend langweilig in dem kleinen Zimmer. Es sollte anders werden, denn plößlich öffnete sich die Thür und mit einem „Schauk, Schapperla, da bin i wieder!“ trat unser Monarchenater in das Gemach, um, da er ziemlich geladen war, der Länge nach auf den Boden zu stolpern, wo er liegen blieb. Tableau! Was nun geschah, der Leser mag es sich ausmalen, mehre Feder vermag den Dienst. Der hohe Herr ist nach einer erneuten „taikräftigen“ Unternehmung mit dem alten Fürsten aus der Hauptstadt fortgerollt, seine Kinder sind mit der Mutter in ein vornehmes Bad zur Kur gegangen und sobald dürsteten die Ehegatten sich nicht wieder vereinen. In den Zeitungen der Hauptstadt war natürlich nichts von dem Geschehenen zu lesen, im Gegentheil rührende Artikel über das „glückliche Familienleben in dem allerhöchsten Herrscherhaus“ konnte man in letzter Zeit zu Duzenden lesen.

Eine aufregende Fahrt hat der russische Rüstendampfer „Betty“ hinter sich, der nach Meldungen aus Moskau kürzlich in Wladivostok eingetroffen ist, nachdem man schon geglaubt hatte, die Japaner hätten das Schiff gelapert. Auf der Fahrt nach Wladivostok begriffen, lag das Schiff zwei Tage vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan gerade im Hafen von Nagasaki. In der Nacht nach dem nächsten Tage lief es aus, wurde aber am nächsten Abend bereits von einem japanischen Kreuzer eingeholt und zum Weilen gezwungen. Zwei japanische Offiziere und sechs Matrosen kamen an Bord und überbrachten dem Kapitän den Befehl, mit seinem Schiffe dem Kreuzer nach einem japanischen Hafen zu folgen. Das Wetter war sehr stürmisch, und schließlich lagerte sich dichter Nebel über die See, der die beiden Schiffe einander unsichtbar machte. Da kam der Kapitän der „Betty“, einem alten Eßländer, ein kurzer Entschluß. Er rief seinen 23 Matrosen, die alle gleich ihm aus Eßland stammen, einige Worte in ihrer heimelichen Sprache zu, wovon die Japaner natürlich kein Wort verstanden, und auf ein Zeichen von ihm stürzten sie sich alle auf die japanischen Matrosen, überwältigten sie nach verzweifeltstem Widerstand und warfen sie in die See. Der eine japanische Offizier, der ebenfalls auf Deck war, wurde in Eisen gelegt, der andere in seiner Kajüte eingeschlossen. Ohne weiteren Zwischenfall erreichte dann die „Betty“ mit den beiden gefangenen japanischen Offizieren Wladivostok.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 20. April.
Der Schweinehandel verlief flau.
Zugeführt wurden 450 Stüd. Preis: Sengschweine — 46, Verhandelschweine, schwere — 44, leichte 45—46 Mk., Sauen 36—42 Mk. und Ferkel 42—4 Mk. pro 100 Pfund.

Schaller ihm selber eine doch immer nicht unbeträchtliche Summe schuldet, machte ihm keine Sorge. Er wußte doch, er bekam das Geld nie im Leben wieder, und hatte es verknirzt.

Nur Einen der Leute unter, als er vorüberging, fragte er, was es da gäbe, und erhielt auch die Befätigung dessen, was er schon vermutet.

„Die Leute“, sagte der Mann, „suchen den Herrn von Schaller, aber er ist nirgends zu finden, und Gott der Gerechte, so ein vornehmer Herr...“

„Arme Kathinka!“ dachte Hans bei sich, und es drängte ihn fast, hinaus zu gehen und zu sehen, ob er ihr eine Hilfe leisten konnte; aber er besorgte sich. Er konnte viel besser jenseits beantragen, sich nach den Verhältnissen zu erkundigen, und war dann nicht der Gefahr ausgesetzt, da oben der Herr von Schaller in den Haß zu laufen, denn daß er der nicht ohne ein bedeutendes Opfer entgangen wäre, wußte er selber.

Und da oben wohnte Kathinka, kein Kathinka, und wie gere wäre er die Treppen hinaufgegangen und hätte sie dieses Bündchen noch einmal in die Arme geschlossen! Aber das ging nicht, das schied sich nicht, und er wußte ihr auch nicht was zu tun, denn er wußte, wie ungern sie es gesehen, und doch hätte er noch so viel und mögliches mit ihr zu werden sollte.

Die Straße herunter kam Oberkammerer von Klungenberg; aber der sonst immer so freundliche und eigentümlich auch sehr hübsche Herr war heute in tiefen Gedanken. Hans sah ihn erkannte an; er ging unmittelbar an ihm vorbei und bemerkte ihm gar nicht. Er hob die Augen

nicht einmal vom Boden, sondern schritt so in sein Haus hinein.

„Was konnte da nur vorgefallen sein?“ Aber Hans hatte den Kopf selber zu voll, um sich auch noch mit anderer Leute Angelegenheiten zu beschäftigen. Es war ihm sogar angenehm, daß ihn Klingensberg nicht anredete, denn um was anderes hätte sich das Gespräch drehen können, als um den unglückseligen Fall in seinem eigenen Hause?

Den Abend brachte er in seiner eigenen Familie, das heißt nur in den Räumen derselben zu, denn weder Franzosen noch seine Mutter ließen sich sehen, sondern blieben auf ihren eigenen Zimmern. Nur der Vater sah etwa eine Stunde bei ihm, aber auch still und einsilbig. Er hatte ebenfalls davon gehört, daß Herr von Schaller spurlos verschwunden sei, und fühlte sich tief gekränkt, aber nicht etwa durch die Schlechtigkeit der Menschen, sondern vielmehr durch den Verfall des Adels, der dadurch nur dem bürgerlichen Stande eine willkommene Waffe gegen sich in die Hand gab.

„Es ist vorbei, mein Sohn“, sagte er zu Hans, als er mit ihm später allein am Leertische saß und eine Weile vor sich nieder gestarrt hatte, „der Glanz der alten Geschlechter scheidet aus, und ich sehe überhaupt die Zeit herannahen, wo alles Kapital, aller Grundbesitz in den Händen von Juden und Spekulantem sein wird, während die heruntergekommenen Geschlechter unseres alten Adels in alle Winde zerstreut werden, wie jetzt der Stamm Israels zerstreut und von ihnen verachtet ist.“

(Fortsetzung folgt.)